

GESETZBLATT

FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

2009

Ausgegeben Stuttgart, Donnerstag, 22. Oktober 2009

Nr. 18

Tag	INHALT	Seite
19. 10. 09	Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009	485
19. 10. 09	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes	486
19. 10. 09	Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Baden-Württemberg 2009/2010 (BVAnpGBW 2009/2010)	487
19. 10. 09	Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes	533
23. 9. 09	Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung der Gebührensätze für öffentliche Leistungen der staatlichen Behörden für den Geschäftsbereich des Wissenschaftsministeriums (Gebührenverordnung Wissenschaftsministerium – GebVO MWK)	534
28. 9. 09	Verordnung des Innenministeriums zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Personalstandsgesetzes	537
9. 10. 09	Verordnung des Wirtschaftsministeriums über Zuständigkeiten nach dem Landeswohnraumförderungsgesetz (ZuständigkeitsVO-LWoFG)	541
20. 9. 09	Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg über das Naturschutzgebiet »Wiedener Weidberge«	538

Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009

Vom 19. Oktober 2009

Der Landtag hat am 7. Oktober 2009 das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der Staatshaushaltsplan des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 (Anlage zum Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 – Staatshaushaltsgesetz 2009 – StHG 2009 – vom 18. Februar 2009 [GBl. S. 65] in der Fassung der Anlage zum Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 vom 23. Juni 2009 [GBl. S. 246]) bleibt unverändert.

§ 2

§ 6 StHG 2009 in der Fassung des Gesetzes über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr

2009 vom 23. Juni 2009 (GBl. S. 246) wird um folgenden Absatz ergänzt:

»(5) Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, im Rahmen des »Sofortprogramms zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für qualifizierte Hochschulabsolventinnen und -absolventen der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) im Wissenschaftsbereich« Verträge zur Beschäftigung von bis zu 500 Absolventen für 1 Jahr ab dem Wintersemester 2009/2010 an den baden-württembergischen Hochschulen abzuschließen.«

§ 3

Nach § 7 StHG 2009 in der Fassung des Gesetzes über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 vom 23. Juni 2009 (GBl. S. 246) wird folgender § 7a eingefügt:

»§ 7a

Das Finanzministerium wird ermächtigt, gegen Deckung aus der bei Kap. 1212 Tit. 919 01 gebildeten Rücklage in über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen bei Kap. 0922 Titelgruppe 74 sowie

bei den Obergruppen 44 (Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.) der betroffenen Einzelpläne einzuwilligen, soweit die Ausgaben oder Verpflichtungen erforderlich sind, um eilbedürftige Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor biologischen Bedrohungen umzusetzen. Der Finanzausschuss ist zeitnah zu unterrichten. Erstattungen von Ausgaben stehen, sind der allgemeinen Rücklage für Steuermindereinnahmen und sonstige Haushaltsrisiken zuzuführen.«

§ 4

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2009 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

STUTTGART, den 19. Oktober 2009

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

OETTINGER

PROF. DR. GOLL	PROF. DR. REINHART
RECH	RAU
STÄCHELE	HAUK
DR. STOLZ	GÖNNER
DRAUTZ	PROF. IN DR. HÜBNER

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes

Vom 19. Oktober 2009

Der Landtag hat am 7. Oktober 2009 das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes

Das Gesetz zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes vom 9. Juli 1991 (GBl. S. 473), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Dezember 2004 (GBl. S. 914), wird wie folgt geändert:

§ 24 erhält folgende Fassung:

»§ 24

Zulassung privater Sachverständiger

(1) Zur Untersuchung amtlich zurückgelassener Proben nach § 43 Abs. 1 Satz 2 Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch sind in ihrem Fachgebiet nur solche Sachverständige befugt, die hierfür vom Regierungspräsidium zugelassen sind (Gegenprobensachverständige).

(2) Vorbehaltlich einer einheitlichen bundesrechtlichen Regelung dürfen als Gegenprobensachverständige nur Personen mit naturwissenschaftlichen Universitätsabschlüssen zugelassen werden, wenn sie durch geeignete Unterlagen einschlägige Fach- und Rechtskenntnisse auf dem Gebiet der Lebensmittelüberwachung und -untersuchung nachweisen. Die zuständige Behörde kann sich die Unterlagen erläutern lassen. Eine Zulassung setzt weiter voraus, dass die in Satz 1 genannten Personen

1. eine zweijährige Untersuchungs- und Beurteilungserfahrung in dem beantragten Untersuchungsgebiet nachweisen und
2. über ein Prüflaboratorium nach Absatz 6 verfügen, das eine für das beantragte Untersuchungsgebiet entsprechende Akkreditierung aufweist.

(3) Personen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (Niederlassungsstaat) zur Ausübung des Berufes als Gegenprobensachverständiger niedergelassen sind und die in Deutschland dauerhaft als Gegenprobensachverständige tätig werden wollen, sind unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 zuzulassen, soweit dieser Beruf oder die Ausbildung hierzu in dem Niederlassungsstaat

1. durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften geregelt ist oder
2. nicht durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften geregelt ist, wenn sie den Beruf mindestens zwei Jahre während der vorhergehenden zehn Jahre im Niederlassungsstaat ausgeübt haben und im Besitz eines oder mehrerer Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise sind, die bescheinigen, dass der Inhaber auf die Ausübung des Berufs des Gegenprobensachverständigen vorbereitet wurde.

(4) Personen aus einem Niederlassungsstaat, die in Deutschland den Beruf des Gegenprobensachverständigen vorübergehend und gelegentlich im Rahmen der Dienstleistungserbringung ausüben wollen, müssen dies der zuständigen Behörde unter Vorlage geeigneter Unterlagen im Sinne von Absatz 2 anzeigen.

(5) Als Gegenprobensachverständige dürfen Personen nicht zugelassen werden,

1. die nicht zuverlässig sind,
2. die in der amtlichen Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung einschließlich -untersuchung tätig sind oder
3. bei denen Interessenkollisionen bei der Durchführung ihrer Tätigkeit als Gegenprobensachverständige zu erwarten sind, insbesondere wenn sie in einem Beschäftigungsverhältnis oder in wirtschaftlicher Abhängigkeit zu einem Unternehmen stehen, das Erzeugnisse herstellt, behandelt oder in Verkehr bringt, die in das beantragte Untersuchungsgebiet fallen.

(6) Prüflaboratorien, in denen Gegen- oder Zweitproben untersucht werden sollen, müssen die Anforderungen

nach Artikel 12 Abs. 2 Buchst. a in Verbindung mit Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz (ABl. L 191 vom 28. Mai 2004, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung erfüllen.

(7) Zuständig für die Zulassung ist das Regierungspräsidium, in dessen Bereich der Geschäftssitz des Antragstellers liegt. Hat der Antragsteller in Baden-Württemberg keinen Geschäftssitz, so ist das Regierungspräsidium Stuttgart zuständig. Die Zulassung gilt für das Land Baden-Württemberg.

(8) Das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Anforderungen nach Absatz 2, 5 und 6 sowie das Zulassungs- und Anzeigeverfahren näher zu regeln.

(9) Für die Ausbildung zum staatlich geprüften Lebensmittelchemiker findet § 23 des Landesbeamtengesetzes entsprechende Anwendung. Das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung entsprechend den in § 24 Abs. 1 des Landesbeamtengesetzes genannten Voraussetzungen das Zulassungsverfahren näher zu regeln.«

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

STUTT GART, den 19. Oktober 2009

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

OETTINGER

PROF. DR. GOLL	PROF. DR. REINHART
RECH	RAU
STÄCHELE	HAUK
DR. STOLZ	GÖNNER
DRAUTZ	PROF'IN DR. HÜBNER

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Baden-Württemberg 2009/2010 (BVAnpGBW 2009/2010)

Vom 19. Oktober 2009

Der Landtag hat am 7. Oktober 2009 das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. die Beamten des Landes, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts; ausgenommen sind die Ehrenbeamten und die Beamten auf Widerruf, die nebenbei verwendet werden,
2. die Richter des Landes; ausgenommen sind die ehrenamtlichen Richter,
3. die Empfänger von Amtsbezügen des Landes, Dienstanfänger und Rechtsreferendare.

(2) Dieses Gesetz gilt auch für die Empfänger von Versorgungsbezügen aus dem in Absatz 1 genannten Personenkreis.

(3) Dieses Gesetz gilt nicht für die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihre Verbände.

§ 2

Anpassung der Besoldung im Jahr 2009

(1) Ab 1. März 2009 erhöhen sich

1. die Grundgehaltssätze um jeweils 40 Euro,
2. die Anwärtergrundbeträge um jeweils 60 Euro,
3. um 3 Prozent
 - a) die nach Nummer 1 erhöhten Grundgehaltssätze,
 - b) der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
 - c) die Amtszulagen sowie die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
 - d) die Leistungsbezüge, die nach § 11 Abs. 1 oder 4 des Landesbesoldungsgesetzes (LBesG) an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen teilnehmen,
 - e) der Auslandszuschlag und der Auslandskinderzuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der am 31. August 2006 geltenden Fassung.

(2) Absatz 1 Nr. 1 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze), die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter nach fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
2. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322, 342).

(3) Absatz 1 Nr. 3 gilt entsprechend für

1. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze), die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum

- Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer.
2. die in den Vorbemerkungen der Anlage II zum Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3435) in
 - a) Nummern 1 und 2 in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt,
 - b) Nummer 2 b geregelte allgemeine Stellenzulage,
 3. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322, 342),
 4. die Amtszulagen in Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.
- (4) Die Beträge nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 und § 17 der Erschwerniszulagenverordnung in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, die zuletzt durch Artikel 1 § 5 Abs. 4 des Gesetzes vom 11. Dezember 2007 (GBl. S. 538) geändert wurden, erhöhen sich ab 1. März 2009 um 3 Prozent und werden durch folgende Beträge ersetzt:
1. der Betrag nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 von »2,80 Euro« durch den Betrag »2,88 Euro« und
 2. der Betrag nach § 17 von »1,33 Euro« durch den Betrag »1,37 Euro«.

Die Beträge nach § 8 Abs. 1 und 2 der Erschwerniszulagenverordnung in der am 31. August 2006 geltenden Fassung werden ab 1. März 2009 durch folgende Beträge ersetzt:

1. der Betrag nach § 8 Abs. 1 von »2,76 Euro« durch den Betrag »3,09 Euro« und
2. die Beträge nach § 8 Abs. 2 wie folgt:
 - a) der Betrag »11,45 Euro« durch den Betrag »12,82 Euro«,
 - b) der Betrag »13,89 Euro« durch den Betrag »15,56 Euro«,
 - c) der Betrag »17,26 Euro« durch den Betrag »19,33 Euro«,
 - d) der Betrag »22,23 Euro« durch den Betrag »24,90 Euro«,
 - e) der Betrag »4,44 Euro« durch den Betrag »4,97 Euro«.

(5) Die Beträge nach § 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, die zuletzt durch Artikel 1 § 5 Abs. 5 des Gesetzes vom 11. Dezember 2007 (GBl. S. 538, 539) geändert wurden, erhöhen sich ab 1. März 2009 um 3 Prozent und werden durch folgende Beträge ersetzt:

1. Die Beträge nach § 4 Abs. 1 wie folgt:
 - a) der Betrag »10,25 Euro« durch den Betrag »10,56 Euro«,

- b) der Betrag »12,11 Euro« durch den Betrag »12,47 Euro«,
 - c) der Betrag »16,62 Euro« durch den Betrag »17,12 Euro«,
 - d) der Betrag »22,92 Euro« durch den Betrag »23,61 Euro«;
2. Die Beträge nach § 4 Abs. 3 wie folgt:
 - a) der Betrag »15,47 Euro« durch den Betrag »15,93 Euro«,
 - b) der Betrag »19,16 Euro« durch den Betrag »19,73 Euro«,
 - c) der Betrag »22,75 Euro« durch den Betrag »23,43 Euro«,
 - d) der Betrag »26,58 Euro« durch den Betrag »27,38 Euro«.
- (6) Die Anlagen 2 a bis 2 i des Gesetzes zur Integration der Sonderzahlungen und zur Anpassung der Besoldung und Versorgung und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften (BVAnpG 2008) vom 11. Dezember 2007 (GBl. S. 538), geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Dezember 2008 (GBl. S. 432, 433), werden ab dem 1. März 2009 durch die Anlagen 1 a bis 1 i dieses Gesetzes ersetzt. Die ab dem 1. März 2009 erhöhten Beträge des Auslandszuschlags und des Auslandskinderzuschlags ergeben sich aus den Anlagen 1 j bis 1 o dieses Gesetzes.

§ 3

Anpassung der Besoldung im Jahr 2010

- (1) Ab 1. März 2010 erhöhen sich um 1,2 Prozent
 1. die Grundgehaltssätze,
 2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
 3. die Amtszulagen sowie die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B in der am 31. August 2006 geltenden Fassung,
 4. die Leistungsbezüge, die nach § 11 Abs. 1 oder 4 LBesG an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen teilnehmen,
 5. die nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 erhöhten Anwärtergrundbeträge,
 6. der Auslandszuschlag und der Auslandskinderzuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der am 31. August 2006 geltenden Fassung.
- (2) Absatz 1 gilt entsprechend für
 1. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze), die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,

2. die in den Vorbemerkungen der Anlage II zum Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3435) in

- a) Nummern 1 und 2 in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt,
- b) Nummer 2 b geregelte allgemeine Stellenzulage,

3. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322, 342),

4. die Amtszulagen in Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

(3) Die Beträge nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 und § 17 der Erschwerniszulagenverordnung in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, die zuletzt durch § 2 Abs. 4 dieses Gesetzes geändert wurden, erhöhen sich ab 1. März 2010 um 1,2 Prozent und werden durch folgende Beträge ersetzt:

1. der Betrag nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 von »2,88 Euro« durch den Betrag »2,91 Euro« und
2. der Betrag nach § 17 von »1,37 Euro« durch den Betrag »1,39 Euro«.

(4) Die Beträge nach § 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der am 31. August 2006 geltenden Fassung, die zuletzt durch § 2 Abs. 5 dieses Gesetzes geändert wurden, erhöhen sich ab 1. März 2010 um 1,2 Prozent und werden durch folgende Beträge ersetzt:

1. Die Beträge nach § 4 Abs. 1 wie folgt:
 - a) der Betrag »10,56 Euro« durch den Betrag »10,69 Euro«,
 - b) der Betrag »12,47 Euro« durch den Betrag »12,62 Euro«,
 - c) der Betrag »17,12 Euro« durch den Betrag »17,33 Euro«,
 - d) der Betrag »23,61 Euro« durch den Betrag »23,89 Euro«;
2. Die Beträge nach § 4 Abs. 3 wie folgt:
 - a) der Betrag »15,93 Euro« durch den Betrag »16,12 Euro«,
 - b) der Betrag »19,73 Euro« durch den Betrag »19,97 Euro«,
 - c) der Betrag »23,43 Euro« durch den Betrag »23,71 Euro«,
 - d) der Betrag »27,38 Euro« durch den Betrag »27,71 Euro«.

(5) Die Anlagen 2 a bis 2 o dieses Gesetzes ersetzen ab dem 1. März 2010 die Anlagen 1 a bis 1 o dieses Gesetzes.

§ 4

Anpassung der Versorgung im Jahr 2009

(1) Für Versorgungsempfänger gilt die Erhöhung nach § 2 Abs. 1 bis 3 für die dort aufgeführten Bezügebestand-

teile entsprechend, sofern diese Grundlage der Versorgung sind.

(2) Die Erhöhung gilt weiterhin entsprechend für

1. andere Bezügebestandteile, soweit für diese die Teilnahme an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist,
2. Grundvergütungen.

(3) Die Erhöhung der Bezüge nach den Absätzen 1 und 2 gilt als sechste Anpassung im Sinne von § 69e Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung.

(4) § 3 Abs. 2 und 3 BVAnpG 2008 findet bei den Erhöhungen nach Absatz 1 und 2 entsprechende Anwendung.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. März 2009 um 50,58 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchst. a oder b der Bundesbesoldungsordnungen A und B bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

§ 5

Anpassung der Versorgung im Jahr 2010

(1) Für Versorgungsempfänger gilt die Erhöhung nach § 3 Abs. 1 und 2 für die dort aufgeführten Bezügebestandteile entsprechend, sofern diese Grundlage der Versorgung sind.

(2) Die Erhöhung gilt weiterhin entsprechend für

1. andere Bezügebestandteile, soweit für diese die Teilnahme an den regelmäßigen Besoldungsanpassungen nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist,
2. Grundvergütungen.

(3) Die Erhöhung der Bezüge nach den Absätzen 1 und 2 gilt als siebte Anpassung im Sinne von § 69e Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung.

(4) § 3 Abs. 2 und 3 BVAnpG 2008 findet bei den Erhöhungen nach Absatz 1 und 2 entsprechende Anwendung.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 1 bis A 8 oder ein Grundgehalt nach Zwischenbesoldungsgruppen zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. März 2010 um 51,19 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Abs. 1 Buchst. a oder b der Bundesbesoldungsordnungen A und B bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

§ 6

Kürzung der Versorgungsbezüge nach Ehescheidung

Die Prozentsätze der Erhöhungen der beamtenrechtlichen Versorgungsbezüge im Sinne von § 57 Abs. 2 Satz 2, § 58 Abs. 2 Satz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung betragen zum 1. März 2009 2,9 und zum 1. März 2010 1,1. Die Erhöhung nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 gilt als Erhöhung um 1,4 Prozent in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 9, um 1,0 Prozent in den Besoldungsgruppen A 10 bis A 12, um 0,7 Prozent in den Besoldungsgruppen A 13 bis A 16, R 1 und R 2 sowie in den Besoldungsgruppen der Besoldungsordnungen C und W, um 0,4 Prozent in den übrigen Besoldungsgruppen.

§ 7

Einmalzahlung im Jahr 2009

(1) Beamte mit Dienstbezügen und Richter, deren Dienstverhältnis bereits am 2. Januar 2009 bestanden hat, erhalten mit den Bezügen für den Monat Mai 2009 eine Einmalzahlung in Höhe von 40 Euro, wenn sie an mindestens einem Tag im Monat Februar 2009 Anspruch auf Dienstbezüge hatten. Satz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen entsprechend.

(2) § 6 Abs. 1 und § 72a Abs. 1 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung gelten entsprechend. Maßgebend sind die Verhältnisse des ersten Tages im Monat Februar 2009, für den Bezüge zustanden.

(3) Die Zahlung wird jedem Berechtigten nur einmal gewährt; der Anspruch richtet sich gegen den Dienstherrn, der die Bezüge am Stichtag zu zahlen hat. Der Zahlung stehen die dem Absatz 1 entsprechenden Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst gleich.

(4) Am 1. März 2009 vorhandene Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen mit Ausnahme der Empfänger eines Unterhaltsbeitrags durch Gnadenrweis oder Disziplinarentscheidung und Empfänger von Übergangsgeld nach §§ 47 und 47a des Beamtenversorgungsgesetzes in der bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung erhalten die in Absatz 1 genannte Einmalzahlung nach dem jeweils maßgebenden Ruhegehaltssatz und den Anteilsätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages. Zu den laufenden Versorgungsbezügen gehört auch der Mindestbelassungsbetrag nach Artikel 2 § 2 Abs. 3 und Artikel 3 § 3 Abs. 4 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666). Bei Empfängern von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz. Versorgungsberechtigte, bei deren Bezügeabrechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1977 geltenden Fassung nicht zugrunde

liegt, erhalten als Einmalzahlung 24 Euro, Witwen, Witwer und versorgungsberechtigte geschiedene Ehegatten 15 Euro, Empfänger von Vollwaisengeld 5 Euro und Empfänger von Halbwaisengeld 3 Euro.

(5) Der Anspruch aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor. Beim Zusammentreffen von Ruhegehalt mit Hinterbliebenenversorgung bemisst sich die Einmalzahlung nach dem Ruhegehalt; sie wird neben dem Ruhegehalt gezahlt. Bleibt die Einmalzahlung aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis hinter dem Betrag der Einmalzahlung aus den Versorgungsbezügen zurück, so ist der Differenzbetrag neben den Versorgungsbezügen zu gewähren.

(6) Die Zahlung bleibt bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt; Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung sind nicht anzuwenden.

§ 8

Berechnungsvorschriften

Bei der Berechnung der Erhöhungen sind sich ergebende Bruchteile eines Cents unter 0,5 abzurunden und Bruchteile von 0,5 und mehr aufzurunden.

§ 9

Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 10

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. März 2009 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

STUTTGART, den 19. Oktober 2009

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

OETTINGER

PROF. DR. GOLL	PROF. DR. REINHART
RECH	RAU
SFÄCHELE	HAUK
DR. STOLZ	GÖNNER
DRAUTZ	PROF. DR. HÜBNER

Gültig ab 1. März 2009

Anl. 1b
(zu § 2 Abs. 6)

Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-
gruppe

B 1	5468,11
B 2	6354,43
B 3	6729,65
B 4	7122,64
B 5	7573,52
B 6	7999,29
B 7	8413,47
B 8	8845,14
B 9	9381,13
B 10	11045,57
B 11	11474,55

Gültig ab 1. März 2009

Anl. 1c
(zu § 2 Abs. 6)

Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	W 1	W 2	W 3
	3801,69	4336,92	5257,44

Anl. 1d
(zu § 2 Abs. 6)

Gültig ab 1. März 2009

Besoldungsordnung R

Grundgehaltsätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3457,81	3614,37	3696,79	3909,38	4121,98	4334,57	4547,17	4759,77	4972,36	5184,97	5397,56	5610,16
R 2			4205,70	4418,30	4630,87	4843,48	5056,08	5268,69	5481,29	5693,85	5906,46	6119,03

R 3	6729,65
R 4	7122,64
R 5	7573,52
R 6	7999,29
R 7	8413,47
R 8	8845,14
R 9	9381,13
R 10	11520,07

Gültig ab 1. März 2009

Anl. 1e
(zu § 2 Abs. 6)

Besoldungsordnung C

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3013,88	3118,27	3222,63	3326,98	3431,37	3535,73	3640,08	3744,45	3848,82	3953,18	4057,55	4161,93	4266,30	4370,66	
C 2	3020,38	3186,72	3353,05	3519,40	3685,71	3852,04	4018,38	4184,69	4351,02	4517,35	4683,66	4849,99	5016,32	5182,65	5348,98
C 3	3321,79	3510,12	3698,45	3886,80	4075,12	4263,46	4451,77	4640,10	4828,43	5016,78	5205,09	5393,42	5581,76	5770,07	5958,41
C 4	4208,43	4397,74	4587,06	4776,38	4965,71	5155,03	5344,35	5533,63	5722,96	5912,27	6101,61	6290,90	6480,22	6669,55	6858,87

H-Besoldung

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe 14
H 1	4707,58

Familienzuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	113,91	218,49
übrige Besoldungsgruppen	119,62	224,20

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 104,58 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 315,77 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,48 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 27,40 Euro,
in der Besoldungsgruppe A 4 um je 21,92 Euro und
in der Besoldungsgruppe A 5 um je 16,44 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 Bundesbesoldungsgesetz

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8: 51,45 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 54,61 Euro

Gütig ab 1. März 2009

Anl. 1g
(zu § 2 Abs. 6)**Anwärtergrundbetrag**

(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	820,16
A 5 bis A 8	936,64
A 9 bis A 11	988,72
A 12	1123,57
A 13	1154,25
A 13 mit Zulage (Nummer 27 Abs.1 Buchst. c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1187,94

Anlage 1h
(zu § 2 Abs. 6)

**Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
nach bisherigem Bundesrecht**

(Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

ab 1. März 2009

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil
-----------------------------	---

Bundesbesoldungsgesetz

§ 48 Abs. 2	bis zu	102,26
§ 78	bis zu	79,89

Bundesbesoldungsordnungen A und B

Vorbemerkungen

Nummer 6	Zulage für Beamte als fliegendes Personal	
Absatz 1	Buchstabe b	383,48
	Buchstabe c	306,78
Absatz 4	Buchstabe b	191,75
	Buchstabe c	153,39
Nummer 6 a	Zulage für Beamte als Nachprüfer von Luftfahrtgerät	106,52
Nummer 8	Zulage für Beamte bei Sicherheitsdiensten	
	A 2 bis A 5	119,84
	A 6 bis A 9	159,79
	A 10 und höher	199,73

- 2 -

Nummer 9	Zulage für Beamte mit vollzugspolizeilichen Aufgaben	
	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von	
	einem Jahr	66,35
	zwei Jahren	132,69
Nummer 10	Zulage für Beamte der Feuerwehr	
Absatz 1	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von	
	einem Jahr	66,35
	zwei Jahren	132,69
Nummer 12	Zulage für Beamte bei Justizvollzugseinrichtungen und Psychiatrischen Krankenanstalten	99,51
Nummer 21	Zulage für Leiter von unteren Verwaltungsbehörden	195,99
Nummer 25	Zulage für Beamte mit Meisterprüfung oder Abschlussprüfung als staatlich geprüfter Techniker	39,95
Nummer 26	Zulage für Beamte der Steuerverwaltung	
Absatz 1	Die Zulage beträgt für Beamte des	
	mittleren Dienstes	17,76
	gehobenen Dienstes	39,95
Nummer 27	Allgemeine Stellenzulage	
Absatz 1	Buchstabe a	
	Doppelbuchstabe aa	18,09
	Doppelbuchstabe bb	70,76
	Buchstabe b	78,64
	Buchstabe c	78,64
Absatz 2	Buchstabe a	
	Doppelbuchstabe bb	52,71
	Buchstabe b und c	78,64

- 3 -

Bundesbesoldungsordnungen A und B

Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 2	1	33,78
	2	18,47
A 3	1 und 5	62,30
	2	33,78
A 4	1 und 4	62,30
	2	33,78
A 5	3	33,78
	4 und 6	62,30
A 6	6	33,78
A 7	5	50 % des jeweiligen Unterschiedsbetra- ges zum Grundge- halt der Besol- dungsgruppe A 8
A 9	2, 3 und 6	251,52
	7	8% des Endgrund- gehalts der Besol- dungsgruppe A 9
A 12	7 und 8	146,10
A 13	7	175,24
	11, 12 und 13	255,60

- 4 -

A 14	5	175,24
A 15	7	175,24

Bundesbesoldungsordnung R

Vorbemerkungen

Nummer 4	Zulage für Richter als Referenten für die freiwillige Gerichtsbarkeit	39,95
----------	--	-------

Besoldungsgruppe

Fußnote

R 1	1 und 2	193,75
R 2	3 bis 8 und 10	193,75
R 3	3	193,75

Bundesbesoldungsordnung W

Vorbemerkungen

Nummer 1 Absatz 3	Zulage bei der ersten Verlängerung des Beamtenverhältnisses auf Zeit	270,84
----------------------	---	--------

Nummer 2 **Professor - Richterzulage**

wenn ein Amt ausgeübt wird in der Besoldungsgruppe R 1	214,11
der Besoldungsgruppe R 2	239,67

- 5 -

Bundesbesoldungsordnung C

Vorbemerkungen

Nummer 2 b **Allgemeine Stellenzulage** 78,64

Nummer 5 **Professor - Richterzulage**

wenn ein Amt ausgeübt wird in

der Besoldungsgruppe R 1

214,11

der Besoldungsgruppe R 2

239,67

Besoldungsgruppe

Fußnote

C 2

1

108,67

Anlage 1i
(zu § 2 Abs. 6)

Anlage II
(zu § 15 LBesG)

Amtszulagen und Stellenzulagen
(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

gültig ab 1. März 2009
Anhang zu den Landesbesoldungsordnungen

Dem Grunde nach geregelt in Betrag in Euro
Vomhundert, Bruchteil

Landesbesoldungsordnungen A und B

Vorbemerkungen

Nummer 8		38,81
Nummer 10		79,89
Nummer 14		121,56
Nummer 15	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 9		256,00
A 10		269,00
A 11		269,00
A 12		320,00
A 13		342,00
A 14		456,00

- 2 -

Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 4	1	33,78
A 5	1	33,78
A 8	1	117,97
A 9	2	251,52
	4	117,97
A 10	2	91,99
	3	8% des Endgrund- gehalts der Besol- dungsgruppe A 10
A 11	1	8% des Endgrund- gehalts der Besol- dungsgruppe A 11
	4	175,24
A 12	3	146,10
A 13	6	175,24
	7	79,89
A 14	1 und 3	175,24
	4	79,89
A 15	1	175,24

- 3 -

5 292,02

6 116,83

Landesbesoldungsordnung W

Besoldungsgruppe

Fußnote

W 1

1

270,84

Landesbesoldungsordnung R

Besoldungsgruppe

Fußnote

R 1

1

193,75

R 2

1

193,75

Anhang zu den Landesbesoldungsordnungen A, B und R

(Künftig wegfallende Ämter)

Besoldungsgruppe

Fußnote

A 9

1

251,52

A 13

2

175,24

A 14

1

175,24

2

257,63

A 15

1

116,83

2

175,24

3

366,58

- 4 -

	4	457,41
B 3	1	233,61
R 1	1	96,93
	2	193,75

Gültig ab 1. März 2009

Anlage 1j
(zu § 2 Abs. 6;
ersetzt Anlage VIa des BBesG)

Auslandszuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	903,99	1066,86	1231,92	1395,89	1560,94	1725,99	1888,88	2055,03	2216,81	2382,40	2546,92	2710,33
A 9	1063,04	1239,57	1415,00	1591,54	1769,17	1945,17	2121,71	2298,77	2474,77	2651,31	2827,30	3003,83
A 10	1199,67	1384,95	1567,51	1751,14	1934,23	2118,42	2301,50	2484,61	2667,14	2850,25	3034,43	3217,53
A 11	1306,26	1498,63	1689,38	1880,68	2071,96	2262,71	2454,55	2645,83	2837,67	3028,42	3219,72	3410,46
A 12	1454,37	1657,14	1859,35	2062,68	2264,89	2468,76	2670,98	2874,29	3076,51	3279,83	3483,14	3685,92
A 13, C 1 und W 1	1599,21	1810,72	2020,58	2231,56	2441,97	2652,95	2863,93	3074,33	3285,85	3495,71	3707,24	3917,66
A 14	1746,77	1964,84	2182,91	2401,54	2619,61	2838,22	3056,30	3273,82	3491,89	3710,51	3928,03	4145,56
A 15, C 2 und R 1	1951,73	2187,29	2422,86	2658,40	2893,97	3130,08	3365,09	3601,75	3837,32	4073,42	4308,98	4544,55
A 16 bis B 2, C 3 und R 2, W 2	2062,11	2309,71	2557,29	2804,34	3053,01	3299,51	3547,09	3794,68	4042,27	4290,40	4537,45	4784,48
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4, W 3	2062,11	2318,46	2577,51	2836,58	3095,65	3355,80	3614,87	3874,48	4133,53	4393,16	4652,22	4911,29
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2270,91	2558,39	2845,88	3132,83	3420,29	3707,77	3994,72	4281,66	4569,69	4856,08	5143,02	5431,60
B 8 und höher, R 8 und höher	2432,70	2757,33	3080,89	3405,54	3729,65	4054,30	4379,49	4703,59	5028,25	5352,34	5676,99	6001,10

Gültig ab 1. März 2009

Anlage 1k
(zu § 2 Abs. 6;
ersetzt Anlage V/b des BBesG)

Auslandszuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	769,00	907,25	1046,62	1186,55	1327,57	1466,94	1605,76	1746,23	1884,49	2025,50	2164,87	2303,70
A 9	902,90	1053,74	1202,41	1352,72	1504,64	1653,85	1804,15	1954,46	2103,66	2253,96	2403,17	2552,38
A 10	1019,86	1177,82	1333,04	1488,79	1645,12	1800,34	1956,64	2112,41	2266,54	2422,86	2579,71	2734,92
A 11	1110,59	1273,45	1435,78	1598,65	1761,52	1924,40	2086,72	2249,59	2411,37	2573,69	2737,12	2898,35
A 12	1235,20	1408,46	1580,61	1752,77	1926,04	2098,19	2269,82	2442,52	2615,77	2787,94	2960,65	3132,83
A 13, C 1 und W 1	1359,81	1539,08	1717,25	1897,05	2075,79	2255,06	2434,32	2613,05	2793,41	2971,58	3150,85	3330,11
A 14	1484,97	1670,26	1854,98	2041,91	2226,63	2411,92	2596,65	2782,48	2968,31	3153,58	3338,86	3523,59
A 15, C 2 und R 1	1658,77	1858,80	2058,86	2259,97	2461,11	2660,05	2860,08	3061,76	3262,35	3462,38	3662,42	3863,54
A 16 bis B 2, C 3 und R 2, W 2	1752,24	1962,65	2173,07	2384,05	2593,92	2804,34	3015,30	3225,18	3436,15	3647,66	3857,00	4067,40
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4, W 3	1752,24	1970,85	2191,12	2411,37	2631,08	2851,89	3072,69	3292,95	3513,22	3733,46	3953,73	4174,00
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1930,95	2174,17	2418,47	2662,79	2907,09	3151,40	3395,70	3640,01	3883,77	4128,62	4371,82	4616,70
B 8 und höher, R 8 und höher	2067,60	2343,61	2619,61	2895,06	3171,62	3445,99	3722,00	3997,45	4273,45	4548,91	4824,92	5100,94

Gültig ab 1. März 2009

Anlage 11
(zu § 2 Abs. 6;
ersetzt Anlage V/c des BBesG)

Auslandszuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	633,45	746,59	863,00	977,23	1093,09	1207,87	1322,64	1438,51	1552,19	1668,05	1782,84	1897,62
A 9	743,87	866,82	990,35	1113,32	1239,03	1362,00	1485,52	1609,05	1732,56	1854,98	1979,05	2102,58
A 10	840,59	969,57	1097,45	1226,46	1354,35	1483,34	1611,22	1739,11	1868,11	1995,45	2123,35	2252,87
A 11	914,92	1048,29	1182,74	1316,63	1451,07	1583,89	1717,80	1851,70	1986,15	2118,97	2253,96	2387,32
A 12	1017,68	1159,77	1301,33	1444,52	1585,53	1727,64	1870,28	2011,29	2153,40	2296,06	2438,14	2580,80
A 13, C 1 und W 1	1119,33	1266,90	1413,91	1561,49	1709,60	1856,62	2004,19	2151,76	2299,88	2446,89	2595,00	2742,04
A 14	1223,17	1375,66	1527,59	1680,08	1834,21	1986,71	2139,19	2291,67	2444,16	2596,65	2749,14	2902,18
A 15, C 2 und R 1	1365,83	1530,34	1695,95	1861,54	2026,06	2191,65	2356,18	2521,23	2686,29	2851,35	3016,40	3180,91
A 16 bis B 2, C 3 und R 2, W 2	1443,43	1616,69	1789,40	1962,65	2137,00	2310,26	2482,41	2656,23	2829,48	3003,83	3176,53	3349,26
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4, W 3	1443,43	1622,15	1804,15	1985,60	2167,06	2349,61	2529,97	2710,88	2892,88	3074,88	3255,79	3437,79
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1589,91	1790,49	1992,16	2193,30	2393,87	2595,00	2796,68	2997,27	3198,95	3398,98	3600,66	3802,33
B 8 und höher, R 8 und höher	1702,49	1929,86	2156,69	2384,05	2611,41	2838,77	3065,59	3292,95	3519,22	3746,59	3973,95	4200,76

Gültig ab 1. März 2009

Anlage 1m
(zu § 2 Abs. 6;
ersetzt Anlage Vld des BBesG)

Auslandszuschlag

> Unterkunft und Verpflegung <
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	443,26	523,04	603,40	684,28	765,17	845,52	925,31	1007,28	1086,00	1167,98	1247,76	1328,66
A 9	520,31	606,66	693,03	779,37	866,82	953,17	1040,08	1126,44	1212,25	1298,60	1386,05	1470,77
A 10	588,63	678,60	768,46	858,08	948,26	1038,45	1128,63	1218,25	1307,35	1396,43	1486,60	1576,25
A 11	639,45	734,57	827,47	921,49	1014,95	1108,94	1202,41	1296,41	1390,42	1483,88	1577,34	1670,80
A 12	712,15	811,63	912,19	1010,57	1110,03	1208,96	1308,98	1408,46	1507,93	1606,86	1706,31	1805,80
A 13, C 1 und W 1	783,20	886,50	989,80	1093,64	1196,40	1299,70	1403,55	1506,84	1610,14	1713,43	1816,72	1920,02
A 14	856,43	963,02	1069,59	1177,26	1283,84	1390,97	1497,54	1604,12	1710,70	1817,83	1924,95	2031,51
A 15, C 2 und R 1	956,46	1071,78	1187,10	1302,44	1417,74	1532,52	1649,48	1765,35	1880,12	1996,00	2111,31	2227,17
A 16 bis B 2, C 3 und R 2, W 2	1010,57	1131,90	1252,69	1373,47	1495,91	1616,69	1738,02	1859,35	1981,24	2102,58	2223,36	2344,15
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4, W 3	1010,57	1135,72	1263,08	1390,42	1516,66	1643,46	1771,92	1898,16	2025,50	2151,76	2280,20	2407,01
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1112,78	1253,24	1394,25	1535,26	1675,72	1816,72	1957,73	2098,19	2239,20	2379,66	2520,68	2660,59
B 8 und höher, R 8 und höher	1192,02	1350,52	1510,11	1668,60	1827,66	1986,71	2145,75	2304,25	2464,40	2622,34	2781,38	2940,98

Gültig ab 1. März 2009

Anlage 1n
(zu § 2 Abs. 6;
ersetzt Anlage V/le des BBesG)

Auslandszuschlag

> Unterkunft oder Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	538,35	634,54	733,46	830,20	928,58	1026,43	1124,80	1223,17	1319,38	1417,74	1515,03	1613,40
A 9	632,35	737,28	842,22	947,18	1053,21	1157,04	1263,08	1367,47	1472,41	1577,34	1681,73	1786,67
A 10	713,79	823,65	932,41	1042,27	1151,04	1260,88	1369,11	1478,41	1586,62	1695,95	1805,80	1914,56
A 11	777,20	891,41	1005,65	1119,33	1232,47	1346,15	1460,91	1574,06	1688,29	1801,97	1915,66	2029,35
A 12	865,19	985,98	1106,77	1227,01	1347,23	1468,03	1589,37	1709,60	1831,48	1951,73	2071,96	2193,30
A 13, C 1 und W 1	951,54	1077,26	1201,86	1328,12	1453,27	1577,88	1703,59	1829,29	1955,00	2080,17	2205,87	2331,02
A 14	1039,54	1170,16	1298,60	1428,68	1558,20	1688,83	1817,83	1947,34	2077,44	2207,51	2336,49	2467,65
A 15, C 2 und R 1	1160,86	1300,77	1441,24	1581,71	1722,73	1862,63	2002,56	2143,03	2283,49	2423,39	2563,86	2703,77
A 16 bis B 2, C 3 und R 2, W 2	1227,01	1373,47	1521,60	1668,60	1816,18	1963,20	2110,77	2257,80	2405,36	2552,38	2699,95	2846,97
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4, W 3	1227,01	1379,49	1532,52	1688,29	1841,86	1997,08	2150,66	2304,79	2460,01	2613,60	2767,72	2921,85
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1351,06	1522,14	1693,21	1864,29	2034,26	2206,41	2376,94	2548,00	2717,97	2889,61	3060,66	3231,73
B 8 und höher, R 8 und höher	1448,34	1640,19	1834,21	2026,60	2219,54	2412,46	2605,93	2798,87	2990,71	3184,20	3377,11	3571,14

Gültig ab 1. März 2009

Anlage 10
(zu § 2 Abs. 6;
ersetzt Anlage VII des BBesG)

Auslandskinderzuschlag

(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungs- gruppe	Kinder mit Aufenthalt im Ausland												Kinder mit Aufenthalt im Inland
	Stufe des Auslandszuschlags												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 2 bis A 16, B 1 bis B 11 C 1 bis C 4, R 1 bis R 10, W 1 bis W 3	130,62	149,76	169,42	187,46	207,69	226,83	245,40	264,53	283,65	303,34	322,46	339,95	130,62

Anlage 2a
(zu § 3 Abs. 5)

Gültig ab 1. März 2010

Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus						3-Jahres-Rhythmus						4-Jahres-Rhythmus													
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
A 2	1689,61	1729,39	1769,20	1809,00	1848,80	1888,61	1928,42																			
A 3	1758,34	1800,68	1843,02	1885,37	1927,74	1970,09	2012,45																			
A 4	1797,32	1847,20	1897,04	1946,92	1996,78	2046,63	2096,48																			
A 5	1811,52	1875,36	1924,97	1974,55	2024,17	2073,76	2123,38	2172,99																		
A 6	1853,42	1907,89	1962,36	2016,82	2071,27	2125,74	2180,23	2234,69	2289,13																	
A 7	1933,03	1981,99	2050,54	2119,07	2187,58	2256,12	2324,69	2393,26	2461,83	2530,40	2598,97	2667,54	2736,11	2804,68	2873,25	2941,82	3010,39	3078,96	3147,53	3216,10	3284,67	3353,24	3421,81	3490,38	3558,95	
A 8		2051,55	2110,09	2197,92	2285,74	2373,55	2461,41	2549,26	2637,11	2724,96	2812,81	2900,66	2988,51	3076,36	3164,21	3252,06	3339,91	3427,76	3515,61	3603,46	3691,31	3779,16	3867,01	3954,86	4042,71	
A 9		2183,01	2240,64	2334,37	2428,09	2521,82	2615,56	2709,31	2803,05	2896,79	2990,53	3084,27	3178,01	3271,75	3365,49	3459,23	3552,97	3646,71	3740,45	3834,19	3927,93	4021,67	4115,41	4209,15	4302,89	
A 10		2348,97	2429,03	2549,12	2669,22	2789,31	2909,43	2989,49	3069,55	3149,60	3229,66	3309,72	3389,78	3469,84	3549,90	3629,96	3709,99	3789,99	3869,99	3949,99	4029,99	4109,99	4189,99	4269,99	4349,99	
A 11			2701,38	2824,44	2947,49	3070,55	3193,61	3275,66	3357,67	3439,74	3521,79	3603,81	3685,82	3767,83	3849,84	3931,85	4013,86	4095,87	4177,88	4259,89	4341,90	4423,91	4505,92	4587,93	4669,94	
A 12			2902,06	3048,80	3195,49	3342,22	3488,92	3586,74	3684,52	3782,34	3880,16	3977,97	4075,79	4173,61	4271,43	4369,25	4467,07	4564,89	4662,71	4760,53	4858,35	4956,17	5053,99	5151,81	5249,63	
A 13			3261,30	3419,72	3578,16	3736,58	3895,01	4000,62	4106,24	4211,87	4317,50	4423,11	4528,72	4634,33	4739,94	4845,55	4951,16	5056,77	5162,38	5267,99	5373,60	5479,21	5584,82	5690,43	5796,04	
A 14			3392,54	3598,00	3803,46	4008,89	4214,33	4351,29	4488,26	4625,22	4762,19	4899,15	5036,11	5173,07	5310,04	5447,00	5583,97	5720,94	5857,91	5994,88	6131,85	6268,82	6405,79	6542,76	6679,73	
A 15						4404,34	4630,21	4810,91	4991,60	5172,31	5353,01	5533,73	5714,44	5895,15	6075,86	6256,57	6437,28	6617,99	6798,70	6979,41	7160,12	7340,83	7521,54	7702,25	7882,96	
A 16						4860,08	5121,31	5330,32	5539,32	5748,29	5957,28	6166,26	6375,25	6584,24	6793,23	7002,22	7211,21	7420,20	7629,19	7838,18	8047,17	8256,16	8465,15	8674,14	8883,13	

Gültig ab 1. März 2010

Anlage 2b
(zu § 3 Abs. 5)

Besoldungsordnung B

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs-
gruppe

B 1	5533,73
B 2	6430,68
B 3	6810,41
B 4	7208,11
B 5	7664,40
B 6	8095,28
B 7	8514,43
B 8	8951,28
B 9	9493,70
B 10	11178,12
B 11	11612,24

Gültig ab 1. März 2010

Anlage 2c
(zu § 3 Abs. 5)

Besoldungsordnung W

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	W 1	W 2	W 3
	3847,31	4388,96	5320,53

Anlage 2d
(zu § 3 Abs. 5)

Besoldungsordnung R

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	27	29	31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	3499,30	3657,74	3741,15	3956,29	4171,44	4386,58	4601,74	4816,89	5032,03	5247,19	5462,33	5677,48
R 2			4256,17	4471,32	4686,44	4901,60	5116,75	5331,91	5547,07	5762,18	5977,34	6192,46

R 3	6810,41
R 4	7208,11
R 5	7664,40
R 6	8095,28
R 7	8514,43
R 8	8951,28
R 9	9493,70
R 10	11658,31

Gültig ab 1. März 2010

Gültig ab 1. März 2010

Anlage 2e
(zu § 3 Abs. 5)

Besoldungsordnung C

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	3050,05	3155,69	3261,30	3366,90	3472,55	3578,16	3683,76	3789,38	3895,01	4000,62	4106,24	4211,87	4317,50	4423,11	
C 2	3056,62	3224,96	3393,29	3561,63	3729,94	3898,26	4066,60	4234,91	4403,23	4571,56	4739,86	4908,19	5076,52	5244,84	5413,17
C 3	3361,65	3552,24	3742,83	3933,44	4124,02	4314,62	4505,19	4695,78	4886,37	5076,98	5267,56	5458,14	5648,74	5839,31	6029,91
C 4	4258,93	4450,51	4642,10	4833,70	5025,30	5216,89	5408,48	5600,03	5791,64	5983,22	6174,83	6366,39	6557,98	6749,58	6941,18

H-Besoldung

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
H 1	4764,07

Stufe 14	4764,07
----------	---------

Familienzuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	115,28	221,11
übrige Besoldungsgruppen	121,06	226,89

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 105,83 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 319,56 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,48 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind
 in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 27,40 Euro,
 in der Besoldungsgruppe A 4 um je 21,92 Euro und
 in der Besoldungsgruppe A 5 um je 16,44 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 Bundesbesoldungsgesetz

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8: 52,07 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 55,27 Euro

Gütig ab 1. März 2010

Anlage 2g
(zu § 3 Abs. 5)**Anwärtergrundbetrag**

(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	830,00
A 5 bis A 8	947,88
A 9 bis A 11	1000,58
A 12	1137,05
A 13	1168,10
A 13 mit Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchst. c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1202,20

Anlage 2h
(zu § 3 Abs. 5)

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
nach bisherigem Bundesrecht
(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

gültig ab 1. März 2010

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil
-----------------------------	---

Bundesbesoldungsgesetz

§ 48 Abs. 2	bis zu	102,26
§ 78	bis zu	79,89

Bundesbesoldungsordnungen A und B

Vorbemerkungen

Nummer 6	Zulage für Beamte als fliegendes Personal	
Absatz 1	Buchstabe b	383,48
	Buchstabe c	306,78
Absatz 4	Buchstabe b	191,75
	Buchstabe c	153,39
Nummer 6 a	Zulage für Beamte als Nachprüfer von Luffahrtgerät	106,52
Nummer 8	Zulage für Beamte bei Sicherheitsdiensten	
	A 2 bis A 5	119,84
	A 6 bis A 9	159,79
	A 10 und höher	199,73

- 2 -

Nummer 9	Zulage für Beamte mit vollzugspolizeilichen Aufgaben	
	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von	
	einem Jahr	66,35
	zwei Jahren	132,69
Nummer 10	Zulage für Beamte der Feuerwehr	
Absatz 1	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von	
	einem Jahr	66,35
	zwei Jahren	132,69
Nummer 12	Zulage für Beamte bei Justizvollzugseinrichtungen und Psychiatrischen Krankenanstalten	99,51
Nummer 21	Zulage für Leiter von unteren Verwaltungsbehörden	198,34
Nummer 25	Zulage für Beamte mit Meisterprüfung oder Abschlussprüfung als staatlich geprüfter Techniker	39,95
Nummer 26	Zulage für Beamte der Steuerverwaltung	
Absatz 1	Die Zulage beträgt für Beamte des	
	mittleren Dienstes	17,76
	gehobenen Dienstes	39,95
Nummer 27	Allgemeine Stellenzulage	
Absatz 1	Buchstabe a	
	Doppelbuchstabe aa	18,31
	Doppelbuchstabe bb	71,61
	Buchstabe b	79,58
	Buchstabe c	79,58
Absatz 2	Buchstabe a	
	Doppelbuchstabe bb	53,34
	Buchstabe b und c	79,58

- 3 -

Bundesbesoldungsordnungen A und B

Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 2	1	34,19
	2	18,47
A 3	1 und 5	63,05
	2	34,19
A 4	1 und 4	63,05
	2	34,19
A 5	3	34,19
	4 und 6	63,05
A 6	6	34,19
A 7	5	50 % des jeweiligen Unterschiedsbetra- ges zum Grundge- halt der Besol- dungsgruppe A 8
A 9	2, 3 und 6	254,54
	7	8% des Endgrund- gehalts der Besol- dungsgruppe A 9
A 12	7 und 8	147,85
A 13	7	177,34
	11, 12 und 13	258,67

- 4 -

A 14	5	177,34
A 15	7	177,34

Bundesbesoldungsordnung R

Vorbemerkungen

Nummer 4	Zulage für Richter als Referenten für die freiwillige Gerichtsbarkeit	39,95
----------	--	-------

Besoldungsgruppe	Fußnote	
R 1	1 und 2	196,08
R 2	3 bis 8 und 10	196,08
R 3	3	196,08

Bundesbesoldungsordnung W

Vorbemerkungen

Nummer 1	Zulage bei der ersten Verlängerung des Absatz 3	270,84
	Beamtenverhältnisses auf Zeit	

Nummer 2 **Professor - Richterzulage**

wenn ein Amt ausgeübt wird in der Besoldungsgruppe R 1	214,11
der Besoldungsgruppe R 2	239,67

Bundesbesoldungsordnung C

Vorbemerkungen

Nummer 2 b **Allgemeine Stellenzulage** 79,58

Nummer 5 **Professor - Richterzulage**

wenn ein Amt ausgeübt wird in
der Besoldungsgruppe R 1 214,11
der Besoldungsgruppe R 2 239,67

Besoldungsgruppe

Fußnote

C 2

1

108,67

Anlage 2i
(zu § 3 Abs. 5)

Anlage II
(zu § 15 LBesG)

Amtszulagen und Stellenzulagen
(Monatsbeträge)
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

gültig ab 1. März 2010

Anhang zu den Landesbesoldungsordnungen

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro Vomhundert, Bruchteil
-----------------------------	---

Landesbesoldungsordnungen A und B

Vorbemerkungen

Nummer 8		38,81
Nummer 10		79,89
Nummer 14		121,56
Nummer 15	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 9		256,00
A 10		269,00
A 11		269,00
A 12		320,00
A 13		342,00
A 14		456,00

- 2 -

Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 4	1	34,19
A 5	1	34,19
A 8	1	119,39
A 9	2	254,54
	4	119,39
A 10	2	93,09
	3	8% des Endgrund- gehalts der Besol- dungsgruppe A 10
A 11	1	8% des Endgrund- gehalts der Besol- dungsgruppe A 11
	4	177,34
A 12	3	147,85
A 13	6	177,34
	7	79,89
A 14	1 und 3	177,34
	4	79,89
A 15	1	177,34

- 3 -

5 295,52

6 118,23

Landesbesoldungsordnung W

Besoldungsgruppe Fußnote

W 1 1 270,84

Landesbesoldungsordnung R

Besoldungsgruppe Fußnote

R 1 1 196,08

R 2 1 196,08

Anhang zu den Landesbesoldungsordnungen A, B und R

(Künftig wegfallende Ämter)

Besoldungsgruppe Fußnote

A 9 1 254,54

A 13 2 177,34

A 14 1 177,34

2 260,72

A 15 1 118,23

2 177,34

3 370,98

4 462,90

- 4 -

B 3	1	236,41
R 1	1	98,09
	2	196,08

Gültig ab 1. März 2010

Anlage 2j
(zu § 3 Abs. 5;
ersetzt Anlage 1j dieses Gesetzes)

Auslandszuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	914,84	1079,66	1246,70	1412,64	1579,67	1746,70	1911,55	2079,69	2243,41	2410,99	2577,48	2742,85
A 9	1075,80	1254,44	1431,98	1610,64	1790,40	1968,51	2147,17	2326,36	2504,47	2683,13	2861,23	3039,88
A 10	1214,07	1401,57	1586,32	1772,15	1957,44	2143,84	2329,12	2514,43	2699,15	2884,45	3070,84	3256,14
A 11	1321,94	1516,61	1709,65	1903,25	2096,82	2289,86	2484,00	2677,58	2871,72	3064,76	3258,36	3451,39
A 12	1471,82	1677,03	1881,66	2087,43	2292,07	2498,39	2703,03	2908,78	3113,43	3319,19	3524,94	3730,15
A 13, C 1 und W 1	1618,40	1832,45	2044,83	2258,34	2471,27	2684,79	2898,30	3111,22	3325,28	3537,66	3751,73	3964,67
A 14	1767,73	1988,42	2209,10	2430,36	2651,05	2872,28	3092,98	3313,11	3533,79	3755,04	3975,17	4195,31
A 15, C 2 und R 1	1975,15	2213,54	2451,93	2690,30	2928,70	3167,64	3405,47	3644,97	3883,37	4122,30	4360,69	4599,08
A 16 bis B 2, C 3 und R 2, W 2	2086,86	2337,43	2587,98	2837,99	3089,65	3339,10	3589,66	3840,22	4090,78	4341,88	4591,90	4841,89
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4, W 3	2086,86	2346,28	2608,44	2870,62	3132,80	3396,07	3658,25	3920,97	4183,13	4445,88	4708,05	4970,23
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2298,16	2589,09	2880,03	3170,42	3461,33	3752,26	4042,66	4333,04	4624,53	4914,35	5204,74	5496,78
B 8 und höher, R 8 und höher	2461,89	2790,42	3117,86	3446,41	3774,41	4102,95	4432,04	4760,03	5088,59	5416,57	5745,11	6073,11

Gültig ab 1. März 2010

Anlage 2k
(zu § 3 Abs. 5;
ersetzt Anlage 1k dieses Gesetzes)

Auslandszuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	778,23	918,14	1059,18	1200,79	1343,50	1484,54	1625,03	1767,18	1907,10	2049,81	2190,85	2331,34
A 9	913,73	1066,38	1216,84	1368,95	1522,70	1673,70	1825,80	1977,91	2128,90	2281,01	2432,01	2583,01
A 10	1032,10	1191,95	1349,04	1506,66	1664,86	1821,94	1980,12	2137,76	2293,74	2451,93	2610,67	2767,74
A 11	1123,92	1288,73	1453,01	1617,83	1782,66	1947,49	2111,76	2276,59	2440,31	2604,57	2769,97	2933,13
A 12	1250,02	1425,36	1599,58	1773,80	1949,15	2123,37	2297,06	2471,83	2647,16	2821,40	2996,18	3170,42
A 13, C 1 und W 1	1376,13	1557,55	1737,86	1919,81	2100,70	2282,12	2463,53	2644,41	2826,93	3007,24	3188,66	3370,07
A 14	1502,79	1690,30	1877,24	2066,41	2253,35	2440,86	2627,81	2815,87	3003,93	3191,42	3378,93	3565,87
A 15, C 2 und R 1	1678,68	1881,11	2083,57	2287,09	2490,64	2691,97	2894,40	3098,50	3301,50	3503,93	3706,37	3909,90
A 16 bis B 2, C 3 und R 2, W 2	1773,27	1986,20	2199,15	2412,66	2625,05	2837,99	3051,48	3263,88	3477,38	3691,43	3903,28	4116,21
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4, W 3	1773,27	1994,50	2217,41	2440,31	2662,65	2886,11	3109,56	3332,47	3555,38	3778,26	4001,17	4224,09
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1954,12	2200,26	2447,49	2694,74	2941,98	3189,22	3436,45	3683,69	3930,38	4178,16	4424,28	4672,10
B 8 und höher, R 8 und höher	2092,41	2371,73	2651,05	2929,80	3209,68	3487,34	3766,66	4045,42	4324,73	4603,50	4882,82	5162,15

Anlage 21
(zu § 3 Abs. 5;
ersetzt Anlage 11 dieses Gesetzes)

Gültig ab 1. März 2010

Auslandszuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	641,05	755,55	873,36	988,96	1106,21	1222,36	1338,51	1455,77	1570,82	1688,07	1804,23	1920,39
A 9	752,80	877,22	1002,23	1126,68	1253,90	1378,34	1503,35	1628,36	1753,35	1877,24	2002,80	2127,81
A 10	850,68	981,20	1110,62	1241,18	1370,60	1501,14	1630,55	1759,98	1890,53	2019,40	2148,83	2279,90
A 11	925,90	1060,87	1196,93	1332,43	1468,48	1602,90	1738,41	1873,92	2009,98	2144,40	2281,01	2415,97
A 12	1029,89	1173,69	1316,95	1461,85	1604,56	1748,37	1892,72	2035,43	2179,24	2323,61	2467,40	2611,77
A 13, C 1 und W 1	1132,76	1282,10	1430,88	1580,23	1730,12	1878,90	2028,24	2177,58	2327,48	2476,25	2626,14	2774,94
A 14	1237,85	1392,17	1545,92	1700,24	1856,22	2010,55	2164,86	2319,17	2473,49	2627,81	2782,13	2937,01
A 15, C 2 und R 1	1382,22	1548,70	1716,30	1883,88	2050,37	2217,95	2384,45	2551,48	2718,53	2885,57	3052,60	3219,08
A 16 bis B 2, C 3 und R 2, W 2	1460,75	1636,09	1810,87	1986,20	2162,64	2337,98	2512,20	2688,10	2863,43	3039,88	3214,65	3389,45
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4, W 3	1460,75	1641,62	1825,80	2009,43	2193,06	2377,81	2560,33	2743,41	2927,59	3111,78	3294,86	3479,04
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1608,99	1811,98	2016,07	2219,62	2422,60	2626,14	2830,24	3033,24	3237,34	3439,77	3643,87	3847,96
B 8 und höher, R 8 und höher	1722,92	1953,02	2182,57	2412,66	2642,75	2872,84	3102,38	3332,47	3561,45	3791,55	4021,64	4251,17

Gültig ab 1. März 2010

Anlage 2m
(zu § 3 Abs. 5;
ersetzt Anlage 1m dieses Gesetzes)

Auslandszuschlag

> Unterkunft und Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	448,58	529,32	610,64	692,49	774,35	855,67	936,41	1019,37	1099,03	1182,00	1262,73	1344,60
A 9	526,55	613,94	701,35	788,72	877,22	964,61	1052,56	1139,96	1226,80	1314,18	1402,68	1488,42
A 10	595,69	686,95	777,68	868,38	959,64	1050,91	1142,17	1232,87	1323,04	1413,19	1504,44	1595,17
A 11	647,12	743,38	837,40	932,55	1027,13	1122,25	1216,84	1311,97	1407,11	1501,69	1596,27	1690,85
A 12	720,70	821,37	923,14	1022,70	1123,35	1223,47	1324,69	1425,36	1526,03	1626,14	1726,79	1827,47
A 13, C 1 und W 1	792,60	897,14	1001,68	1106,76	1210,76	1315,30	1420,39	1524,92	1629,46	1733,99	1838,52	1943,06
A 14	866,71	974,58	1082,43	1191,39	1299,25	1407,66	1515,51	1623,37	1731,23	1839,64	1948,05	2055,89
A 15, C 2 und R 1	967,94	1084,64	1201,35	1318,07	1434,75	1550,91	1669,27	1786,53	1902,68	2019,95	2136,65	2253,90
A 16 bis B 2, C 3 und R 2, W 2	1022,70	1145,48	1267,72	1389,95	1513,86	1636,09	1758,88	1881,66	2005,01	2127,81	2250,04	2372,28
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4, W 3	1022,70	1149,35	1278,24	1407,11	1534,86	1663,18	1793,18	1920,94	2049,81	2177,58	2307,56	2435,89
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1126,13	1268,28	1410,98	1553,68	1695,83	1838,52	1981,22	2123,37	2266,07	2408,22	2550,93	2692,52
B 8 und höher, R 8 und höher	1206,32	1366,73	1528,23	1688,62	1849,59	2010,55	2171,50	2331,90	2493,97	2653,81	2814,76	2976,27

Anlage 2n
(zu § 3 Abs. 5;
ersetzt Anlage 1n dieses Gesetzes)

Gültig ab 1. März 2010

Auslandszuschlag

> Unterkunft oder Verpflegung <

(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	544,81	642,15	742,26	840,16	939,72	1038,75	1138,30	1237,85	1335,21	1434,75	1533,21	1632,76
A 9	639,94	746,13	852,33	958,55	1065,85	1170,92	1278,24	1383,88	1490,08	1596,27	1701,91	1808,11
A 10	722,36	833,53	943,60	1054,78	1164,85	1276,01	1385,54	1496,15	1605,66	1716,30	1827,47	1937,53
A 11	786,53	902,11	1017,72	1132,76	1247,26	1362,30	1478,44	1592,95	1708,55	1823,59	1938,65	2053,70
A 12	875,57	997,81	1120,05	1241,73	1363,40	1485,65	1608,44	1730,12	1853,46	1975,15	2096,82	2219,62
A 13, C 1 und W 1	962,96	1090,19	1216,28	1344,06	1470,71	1596,81	1724,03	1851,24	1978,46	2105,13	2232,34	2358,99
A 14	1052,01	1184,20	1314,18	1445,82	1576,90	1709,10	1839,64	1970,71	2102,37	2234,00	2364,53	2497,26
A 15, C 2 und R 1	1174,79	1316,38	1458,53	1600,69	1743,40	1884,98	2026,59	2168,75	2310,89	2452,47	2594,63	2736,22
A 16 bis B 2, C 3 und R 2, W 2	1241,73	1389,95	1539,86	1688,62	1837,97	1986,76	2136,10	2284,89	2434,22	2583,01	2732,35	2881,13
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4, W 3	1241,73	1396,04	1550,91	1708,55	1863,96	2021,04	2176,47	2332,45	2489,53	2644,96	2800,93	2956,91
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1367,27	1540,41	1713,53	1886,66	2058,67	2232,89	2405,46	2578,58	2750,59	2924,29	3097,39	3270,51
B 8 und höher, R 8 und höher	1465,72	1659,87	1856,22	2050,92	2246,17	2441,41	2637,20	2832,46	3026,60	3222,41	3417,64	3613,99

Anlage 2o
(zu § 3 Abs. 5;
ersetzt Anlage 1o dieses Gesetzes)

Gültig ab 1. März 2010

Auslandskinderzuschlag

(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungs- gruppe	Kinder mit Aufenthalt im Ausland												Kinder mit Aufenthalt im Inland
	Stufe des Auslandszuschlags												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 2 bis A 16, B 1 bis B 11 C 1 bis C 4, R 1 bis R 10, W 1 bis W 3	132,19	151,56	171,45	189,71	210,18	229,55	248,34	267,70	287,05	306,98	326,33	344,03	132,19

Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes

Vom 19. Oktober 2009

Der Landtag hat am 8. Oktober 2009 das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Landtagswahlgesetzes

Das Landtagswahlgesetz in der Fassung vom 15. April 2005 (GBl. S. 384), geändert durch Gesetz vom 7. März 2006 (GBl. S. 50), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 Satz 2 wird das Wort »Stimmzahlen« durch die Worte »prozentualen Stimmenanteile an den Stimmzahlen aller Bewerber« ersetzt.
- b) In Absatz 5 werden die Worte »Stimmzahlen der Bewerber« durch die Worte »prozentualen Stimmenanteile der Bewerber an den Stimmzahlen aller Bewerber« ersetzt.
- c) Absatz 6 erhält folgende Fassung:
 »(6) Bei gleichen Stimmzahlen im Fall von Absatz 3 Satz 1 entscheidet das vom Kreiswahlleiter, bei gleichen prozentualen Stimmenanteilen in den Fällen von Absatz 3 Satz 2, Absatz 4 Satz 3 und Absatz 5 und bei gleichen Höchstzahlen in den Fällen von Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 das vom Landeswahlleiter zu ziehende Los.«

2. § 44 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:

»Trifft dies in beiden Wahlkreisen zu, so gelten sie in dem Wahlkreis als gewählt, in dem sie die höhere Stimmzahl erreicht haben; trifft dies in keinem von beiden Wahlkreisen zu, so gelten sie in dem Wahlkreis als gewählt, in dem sie den höheren prozentualen Stimmenanteil an den Stimmzahlen aller Bewerber erreicht haben.«

3. Die Anlage (Zu § 5 Abs. 1 Satz 2) wird wie folgt geändert:

- (1) Nummer 1 (Stuttgart I) erhält folgende Fassung:
 »Stadtbezirke Stuttgart-Mitte, Stuttgart-Nord, Stuttgart-Süd, Stuttgart-West und Stadtteile Gänsheide und Uhlandshöhe des Stadtbezirks Stuttgart-Ost des Stadtkreises Stuttgart«.
- (2) In Nummer 2 (Stuttgart II) wird das Wort »Hedelfingen,« gestrichen.
- (3) In Nummer 3 (Stuttgart III) werden nach dem Wort »Mühlhausen« die Worte »ohne den Stadtteil Neuge-reut« eingefügt.
- (4) Nummer 4 (Stuttgart IV) erhält folgende Fassung:
 »Stadtbezirke Stuttgart-Ost ohne Stadtteile Gänsheide und Uhlandshöhe, Bad Cannstatt, Hedelfingen, Ober-türkheim, Untertürkheim, Wangen und Stadtteil Neu-ge-reut des Stadtbezirks Mühlhausen des Stadtkreises Stuttgart«.

(5) In Nummer 5 (Böblingen) wird nach dem Wort »Eh-ningen,« das Wort »Gärtringen,« eingefügt.

(6) In Nummer 6 (Leonberg) wird das Wort »Gärtringen,« gestrichen.

(7) In Nummer 7 (Esslingen) werden die Worte »und Ostfildern« durch die Worte » , Ostfildern und Wolf-schlugen« ersetzt.

(8) In Nummer 8 (Kirchheim) werden nach dem Wort »Notzingen,« das Wort »Oberboihingen,« und nach dem Wort »Plochingen,« das Wort »Unterensingen,« eingefügt.

(9) In Nummer 9 (Nürtingen) werden die Worte » , Oberboihingen, Schlaitdorf, Unterensingen und Wolfschlugen« durch die Worte »und Schlaitdorf« er-setzt.

(10) In Nummer 10 (Göppingen) werden die Worte »Albershausen,«, »Ottenbach,« und »Schlat,« gestri-chen.

(11) In Nummer 11 (Geislingen) werden nach dem Wort »Aichelberg,« das Wort »Albershausen,«, nach dem Wort »Böhmenkirch,« das Wort »Bad,«, nach den Wor-ten »Mühlhausen im Täle,« das Wort »Ottenbach,« und nach dem Wort »Salach,« das Wort »Schlat,« eingefügt.

(12) In Nummer 13 (Vaihingen) wird nach dem Wort »Gemeinden« das Wort »Bönnigheim,« eingefügt.

(13) In Nummer 14 (Bietigheim-Bissingen) wird das Wort »Bönnigheim,« gestrichen.

(14) In Nummer 16 (Schorndorf) wird das Wort »Berg-len,« gestrichen.

(15) In Nummer 17 (Backnang) wird nach dem Wort »Backnang,« das Wort »Berglen,« eingefügt.

(16) In Nummer 18 (Heilbronn) werden die Worte »Ge-meinde Erlenbach« durch die Worte »Gemeinden Flein, Leingarten, Nordheim und Talheim« ersetzt.

(17) In Nummer 19 (Eppingen) werden die Worte »Flein,«, »Leingarten,«, »Nordheim,« und »Talheim,« gestrichen.

(18) In Nummer 20 (Neckarsulm) wird nach dem Wort »Ellhofen,« das Wort »Erlenbach,« eingefügt.

(19) In Nummer 25 (Schwäbisch Gmünd) wird nach dem Wort »Eschach,« das Wort »Essingen,« eingefügt.

(20) In Nummer 26 (Aalen) wird das Wort »Essin-gen,« gestrichen.

(21) In Nummer 42 (Pforzheim) werden die Worte »Gemeinde Birkenfeld« durch die Worte »Gemeinden Birkenfeld, Engelsbrand, Ispringen und Kieselbronn« ersetzt.

(22) In Nummer 44 (Enz) werden die Worte »Engels-brand,«, »Ispringen,« und »Kieselbronn,« gestrichen.

(23) In Nummer 46 (Freiburg I) werden nach den Wor-ten »Bernau im Schwarzwald,« die Worte »Bonndorf im Schwarzwald,« und nach den Worten »Dachsberg (Südschwarzwald),« das Wort »Grafenhausen,« einge-

fügt sowie die Worte «und Todtmoos» durch die Worte »Todtmoos, Ühlingen-Birkendorf und Wutach« ersetzt.

(24) In Nummer 47 (Freiburg II) werden nach den Worten »des Stadtkreises Freiburg« nach einer Leerzeile die Worte »Gemeinden Gottenheim, March, Schallstadt und Umkirch des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald« angefügt.

(25) In Nummer 48 (Breisgau) werden die Worte »Gottenheim,«, »March,«, »Schallstadt,« und »Umkirch,« gestrichen und nach den Worten »des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald« nach einer Leerzeile die Worte »Gemeinden Kandern, Malsburg-Marzell und Schliengen des Landkreises Lörrach« angefügt.

(26) In Nummer 54 (Villingen-Schwenningen) wird nach den Worten »Bad Dür rheim,« das Wort »Bräunlingen,« eingefügt.

(27) In Nummer 55 (Tuttlingen-Donaueschingen) wird das Wort »Bräunlingen,« gestrichen.

(28) In Nummer 58 (Lörrach) werden die Worte »Bürchau,«, »Elbenschwand,«, »Kandern,«, »Malsburg-Marzell,«, »Neuenweg, Raich,«, »Sallneck,«, »Schliengen,«, »Tegernau,« und »Wies, Wieslet,« gestrichen und nach dem Wort »Inzlingen,« die Worte »Kleines Wiesental,« eingefügt.

(29) In Nummer 59 (Waldshut) werden die Worte »Bonndorf im Schwarzwald,«, »Grafenhausen,«, »Ühlingen-Birkendorf,« und «, Wutach» gestrichen.

(30) In Nummer 60 (Reutlingen) werden die Worte »Eningen unter Achalm, Lichtenstein,« gestrichen und die Worte »Kirchentellinsfurt und Kusterdingen« durch die Worte »Dußlingen, Gomaringen, Kirchentellinsfurt, Kusterdingen und Nehren« ersetzt.

(31) In Nummer 61 (Hechingen-Münsingen) werden nach dem Wort »Engstingen,« die Worte »Eningen unter Achalm,« und nach dem Wort »Hülben,« das Wort »Lichtenstein,« eingefügt sowie die Worte »Bisingen, Burladingen, Grosselfingen, Hechingen, Jungingen und Rangendingen« durch die Worte »Burladingen, Hechingen und Jungingen« ersetzt.

(32) In Nummer 62 (Tübingen) werden die Worte »Dußlingen, Gomaringen,« und »Nehren,« gestrichen.

(33) In Nummer 63 (Balingen) werden nach dem Wort »Balingen,« das Wort »Bisingen,«, nach dem Wort »Geislingen,« das Wort »Grosselfingen,« und nach dem Wort »Obernheim,« das Wort »Rangendingen,« eingefügt.

(34) In Nummer 66 (Biberach) werden die Worte »Dettingen an der Iller,«, »Erolzheim,«, »Kirchberg an der Iller,« und »Rot an der Rot,« gestrichen.

(35) In Nummer 67 (Bodensee) wird das Wort »Meckenbeuren,« gestrichen.

(36) In Nummer 68 (Wangen) werden nach dem Wort »Argenbühl,« das Wort »Aulendorf,« nach dem Wort

»Berkheim,« die Worte »Dettingen an der Iller, Erolzheim, Kirchberg an der Iller,« und nach den Worten »Kirchdorf an der Iller« die Worte » , Rot an der Rot« eingefügt.

(37) In Nummer 69 (Ravensburg) werden das Wort »Aulendorf,« gestrichen und die Worte »Gemeinden Neukirch« durch die Worte »Gemeinden Meckenbeuren, Neukirch« ersetzt.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.

STUTTGART, den 19. Oktober 2009

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

OETTINGER

PROF. DR. GOLL	PROF. DR. REINHART
RECH	RAU
STÄCHELE	HAUK
DR. STOLZ	GÖNNER
DRAUTZ	PROF. IN DR. HÜBNER

Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die Festsetzung der Gebührensätze für öffentliche Leistungen der staatlichen Behörden für den Geschäftsbereich des Wissenschaftsministeriums (Gebührenverordnung Wissenschaftsministerium – GebVO MWK)

Vom 23. September 2009

Auf Grund von § 4 Abs. 2 des Landesgebührengesetzes vom 14. Dezember 2004 (GBI. S. 895) wird verordnet:

§ 1

(1) Für den Geschäftsbereich des Wissenschaftsministeriums werden die gebührenpflichtigen Tatbestände und die Höhe der Gebühren für öffentliche Leistungen, die die staatlichen Behörden, mit Ausnahme der Hochschulen, erbringen, in dem Gebührenverzeichnis (GebVerz MWK) festgesetzt, das dieser Verordnung als Anlage beigelegt ist.

(2) Unberührt bleiben besondere Regelungen für die Inanspruchnahme von öffentlichen Leistungen bei den Landesbibliotheken Karlsruhe und Stuttgart sowie beim Landesarchiv Baden-Württemberg.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührenverordnung Wissenschaftsministerium vom 4. Oktober 2006 (GBI. S. 311) außer Kraft.

(2) Für öffentliche Leistungen, deren Erbringung nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen wird, ist die bisherige Gebührenregelung anzuwenden, wenn

die dafür nötigen Arbeiten bis zum Tag der Verkündung überwiegend durchgeführt waren und die bisherige Gebührenregelung für den Gebührenschuldner günstiger ist.

(3) Wird das Gebührenverzeichnis geändert, gilt Absatz 2 entsprechend.

STUTTGART, den 23. September 2009

PROF. DR. FRANKENBERG

Anlage
(zu § 1 Abs. 1)

Gebührenverzeichnis
(GebVerz MWK)

Geb.Verz. Nr.	Gegenstand	Gebühr Euro
I	Allgemein	
1.1	Allgemeine Verwaltungsgebühr Für eine Leistung, für die weder ein Gebührentatbestand noch Gebührenbefreiung vorgesehen ist, kann eine Gebühr bis 10 000 Euro erhoben werden.	
1.2	Ablehnung eines Antrags Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird eine Gebühr in Höhe von 1/10 bis zum vollen Betrag der für die Erbringung der öffentlichen Leistung zu erhebenden Gebühr, mindestens 5 Euro, erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben.	
1.3	Zurücknahme eines Antrags Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt aus sonstigen Gründen die öffentliche Leistung, wird eine Gebühr von 1/10 bis 3/4 der für die Erbringung der öffentlichen Leistung zu erhebenden Gebühr, mindestens 5 Euro, erhoben, wenn mit der sachlichen Bearbeitung begonnen, die Erbringung der öffentlichen Leistung aber noch nicht beendet war.	
1.4	Verfahrensgebühren	
1.4.1	Förmliche Rechtsbehelfe im Verwaltungsverfahren (insbesondere Widerspruch)	
1.4.1.1	Zurückweisung des Rechtsbehelfs	10–2500
1.4.1.2	Zurücknahme des Rechtsbehelfs, wenn mit der sachlichen Bearbeitung begonnen war	5–1250
1.5	Bescheinigungsverfahren zur Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 20 und 21 des Umsatzsteuergesetzes	20–250
1.6	Beglaubigungen	
1.6.1	Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln	3–150
1.6.2	Beglaubigung von Abschriften, Fotokopien und dergleichen	
1.6.2.1	die die Behörde selbst hergestellt hat, je Urkunde	3
1.6.2.2	in anderen Fällen für jede angefangene Seite	3,50
1.7	Schreibgebühren und Ablichtungen	
1.7.1	Für Schriftstücke in tabellarischer Form, Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, Zeichnungen und dergleichen wird die Schreibgebühr nach dem Zeitaufwand berechnet, der zur Herstellung benötigt wird. Sie beträgt für jede angefangene Viertelstunde	10

Geb.Verz. Nr.	Gegenstand	Gebühr Euro
1.7.2	Für Fotokopien und Ausdrücke elektronischer Dokumente werden erhoben:	
1.7.2.1	bei einem Format bis zu DIN A 4	
	für die erste Seite	1
	für jede weitere Seite	0,75
1.7.2.2	bei einem größeren Format	
	für die erste Seite	1,50
	für jede weitere Seite	1,25
2	Wissenschaftsministerium	
2.1	Hochschulen in freier Trägerschaft	
2.1.1	Staatliche Anerkennungen nach § 70 Abs.1 des Landeshochschulgesetzes (LHG)	
2.1.1.1	Staatliche Anerkennung von Einrichtungen des Bildungswesens als Hochschule	2500–7500
2.1.1.2	Erweiterung der staatlichen Anerkennung um einen weiteren Studiengang unter Beteiligung des Wissenschaftsrats	2000–6000
2.1.1.3	Erweiterung der staatlichen Anerkennung um einen weiteren Studiengang ohne Beteiligung des Wissenschaftsrats	500–3000
2.1.1.4	Verlängerung der staatlichen Anerkennung eines bestehenden Studienganges	300–2000
2.1.1.5	Zustimmung zur Namensänderung von staatlich anerkannten Einrichtungen des Bildungswesens als Hochschule	300
2.1.1.6	Zustimmung zum Trägerwechsel von staatlich anerkannten Einrichtungen des Bildungswesens als Hochschule	300–1000
2.1.2	Aufhebung der staatlichen Anerkennung nach § 71 Abs. 2 LHG	2500–5500
2.1.3	Verleihung des Promotionsrechts an eine staatlich anerkannte Hochschule nach § 70 Abs. 7 LHG	2000–8000
2.1.4	Prüfung der Beschäftigung von hauptamtlichen Lehrkräften nach § 72 Abs. 2 Satz 2 LHG	50–500
2.1.5	Zustimmung zur Führung von Bezeichnungen nach § 72 Abs. 2 Satz 3 LHG	50–250
3	Landesarchiv	
3.1	Denkmalschutz im Archivwesen	
	Erteilung einer Bescheinigung nach § 10g des Einkommensteuergesetzes zur Inanspruchnahme der Steuerbegünstigung für Aufwendungen für Herstellungs- und Erhaltungsmaßnahmen an eigenen schutzwürdigen Kulturgütern;	
	bei bescheinigten Aufwendungen bis	
	2 500 Euro	25
	25 000 Euro	50
	50 000 Euro	75
	250 000 Euro	200
	500 000 Euro	300
	je weitere 500 000 Euro	250
3.2	Feststellung nach den § 3 Abs. 3 Satz 1 und § 8 Abs. 1 Satz 3 des Landesarchivgesetzes, ob ein Archiv archivfachlichen Ansprüchen genügt	250

**Verordnung des Innenministeriums
zur Änderung der Verordnung zur
Durchführung des Personenstandsgesetzes**

Vom 28. September 2009

Es wird verordnet auf Grund von

1. § 74 Abs. 1 Nr. 1 des Personenstandsgesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122),
2. § 2 der Verordnung der Landesregierung zur Übertragung von Ermächtigungen nach dem Personenstandsgesetz vom 11. März 2008 (GBl. S. 102):

Artikel 1

Die Verordnung des Innenministerium zur Durchführung des Personenstandsgesetzes vom 10. Dezember 1974 (GBl. S. 574), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14. Dezember 2008 (GBl. S. 494), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird folgender § 1 vorangestellt:

»§ 1

Eignung des Standesbeamten

(1) Die Eignung für das Amt des Standesbeamten erlangt, wer

1. mindestens eine Ausbildung für den mittleren Verwaltungsdienst oder zum Verwaltungsfachangestellten der Fachrichtung Landes- und Kommunalverwaltung erfolgreich abgeschlossen hat,
2. innerhalb des letzten Jahres an einem mindestens zweiwöchigen Einführungsseminar für Standesbeamte mit Erfolg teilgenommen hat und
3. innerhalb der letzten zwei Jahre in der Sachbearbeitung bei einem Standesamt mindestens drei Monate tätig gewesen ist.

(2) Wer die Voraussetzung nach Absatz 1 Nr. 1 nicht erfüllt, erlangt die Eignung für das Amt des Standesbeamten auch, wenn er durch eine mindestens zwölfmonatige praktische Tätigkeit auf dem Gebiet des Personenstandswesens gleichwertige Kenntnisse erworben hat.

(3) Neu eingestellte Bedienstete, welche die Voraussetzungen nach Absatz 1 Nr. 2 und 3 nicht erfüllen, können bis zu drei Monaten befristet zu Standesbeamten bestellt werden.

(4) Abweichend von den Vorgaben der Absätze 1 und 2 können

1. Gemeinden ihre Oberbürgermeister, Bürgermeister, Beigeordneten und Bezirks- und Ortsvorsteher,
2. Verwaltungsgemeinschaften die Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden und Ortsvorsteher,
3. Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften andere geeignete Bedienstete der Gemeinde

zu Eheschließungsstandesbeamten für ihren Zuständigkeitsbereich bestellen.

(5) Die Bestellung von Eheschließungsstandesbeamten ist sachlich auf die Vornahme von Eheschließungen und die dabei möglichen Beurkundungen von Namenserkklärungen der Ehepartner sowie die Erstausstellung von Eheurkunden und die Ausstellung von Bescheinigungen, die mit der Eheschließung in Zusammenhang stehen, beschränkt.

(6) Der Eheschließungsstandesbeamte darf keine Eheschließung nach § 13 Abs. 3 des Personenstandsgesetzes (lebensgefährliche Erkrankung) vornehmen.«

2. Nach § 1 werden folgende §§ 1 a und 1 b eingefügt:

»§ 1 a

*Eignung des Stellvertreters des Standesbeamten
(Verhinderungsvertreter)*

(1) Die Eignung für das Amt des stellvertretenden Standesbeamten erlangt, wer

1. mindestens eine Ausbildung für den mittleren Verwaltungsdienst oder zum Verwaltungsfachangestellten der Fachrichtung Landes- und Kommunalverwaltung erfolgreich abgeschlossen hat und
2. innerhalb der letzten fünf Jahre an einem mindestens zweiwöchigen Einführungsseminar für Standesbeamte mit Erfolg teilgenommen hat.

(2) Wer die Voraussetzung nach Absatz 1 Nr. 1 nicht erfüllt, erlangt die Eignung für das Amt des stellvertretenden Standesbeamten auch, wenn er durch eine mindestens zwölfmonatige praktische Tätigkeit auf dem Gebiet des Personenstandswesens gleichwertige Kenntnisse erworben hat.

(3) Neu eingestellte Bedienstete, welche die Voraussetzungen nach Absatz 1 Nr. 2 nicht erfüllen, können bis zu drei Monaten befristet zu stellvertretenden Standesbeamten bestellt werden.

(4) Die Stellvertretung beschränkt sich auf die Fälle der Verhinderung.

§ 1 b

*Fortbildung der Standesbeamten und
ihrer Stellvertreter*

(1) Die Gemeinde fördert die Fortbildung der Standesbeamten und ihrer Stellvertreter.

(2) Die Standesbeamten und ihre Stellvertreter sollen sich auf dem Laufenden halten über die Rechtsentwicklung auf den Gebieten des Personenstands-, Familien-, Namens- und Staatsangehörigkeitsrechts sowie des internationalen Privatrechts.

(3) Die Standesbeamten sind zum Besuch von Fortbildungslehrgängen verpflichtet. Die Standesbeamten bewahren die erforderliche Eignung, wenn sie regelmäßig an den Fortbildungslehrgängen des Fachverbandes der Standesbeamten Baden-Württemberg teilnehmen und innerhalb von fünf Jahren mindestens einen einwöchigen und fachlich einschlägigen Fortbildungslehrgang besuchen.«

3. § 2 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

»Im Übrigen kann die Bestellung jederzeit widerrufen werden.«

Artikel 2

Übergangsregelungen

(1) eine Bestellung zum Standesbeamten, die bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung vorgenommen worden ist, gilt fort; für die Beendigung der Bestellung gilt § 2.

(2) Die Pflicht zur Fortbildung gilt auch für Standesbeamte, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung bereits bestellt sind.

(3) Bei den bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits bestellten Standesbeamten kann die Bestellung auf die Funktion eines Eheschließungsstandesbeamten beschränkt werden. In diesem Fall entfällt die Fortbildungspflicht.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

STUTTGART, den 28. September 2009

RECH

Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg über das Naturschutzgebiet »Wiedener Weidberge«

Vom 20. September 2009

Auf Grund der §§ 26, 36 Abs. 4 und 73 Abs. 3 des Naturschutzgesetzes (NatSchG) in der Fassung vom 13. Dezember 2005 (GBl. S. 745), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes, des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart, des Naturschutzgesetzes und des Wassergesetzes vom 14. Oktober 2008 (GBl. S. 745) wird verordnet:

§ 1

Erklärung zum Schutzgebiet

(1) Die in § 2 näher bezeichneten Flächen auf dem Gebiet der Gemeinde Wieden werden zum Naturschutzgebiet erklärt.

(2) Das Naturschutzgebiet ist zugleich in Teilen ein Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung im Sinne der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 über die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, kurz: FFH-Richtlinie).

(3) Das Naturschutzgebiet führt die Bezeichnung »Wiedener Weidberge«.

§ 2

Schutzgegenstand

(1) Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von rund 379 ha.

(2) Das Naturschutzgebiet umfasst Grünland- und Waldflächen östlich, nördlich und westlich der Ortslage von Wieden. Es erstreckt sich im Osten vom Besucherbergwerk »Finstergrund« unter Umgehung des besiedelten Bereichs von Graben über die »Grabener Höhe« und die Gewanne »Ochsenboden« und »Brumätle« nach Ungendwieden (die Ortslage ist ausgegrenzt) und umfasst nördlich davon die Talbereiche »Nesslergrund« und »Rüttener Grund« und südlich von Ungendwieden den »Spitztobel«. Von dort aus zieht es sich nach Westen oberhalb des Ortsteils Rütte über die Gewanne »Steinen«, »Steineboden«, »Hunds Rücken«, Beckenrain«, »Schafbuch« und »Bühl« (Oberwieden) zum Wiedener Eck. Südlich davon sind die Gewanne »Breitmoos«, »Schweine«, »Mittelbach« und »Neumatt« einbezogen.

(3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in einer Übersichtskarte im Maßstab 1:25 000 mit durchgezogener roter Linie sowie in einer Detailkarte im Maßstab 1:5000 mit durchgezogener roter, nach innen angeschummerter Linie eingetragen. Das FFH-Gebiet ist in der Übersichtskarte im Maßstab 1:25 000 blau schraffiert dargestellt. Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung.

§ 3

Schutzzweck

(1) Schutzzweck des Naturschutzgebietes ist

1. die Erhaltung des großflächigen, extensiv genutzten, überwiegend beweideten Grünlands;
2. die Erhaltung der Struktur- und Artenvielfalt des Gebiets mit seinen Biotoptypen und Einzelbildungen wie zum Beispiel Weidbuchen;
3. Schutz und Erhaltung der Lebensräume zahlreicher gefährdeter, zum Teil vom Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten.

(2) Schutzzweck ist auch die Erhaltung von Lebensräumen, die der FFH-Richtlinie entsprechen, insbesondere Artenreiche Borstgrasrasen (prioritär), Magere Flachland-Mähwiesen, Berg-Mähwiesen, Trockene Heiden, Kalkreiche Niedermoore, Silikatschutthalden, Silikatfelsen, Hainsimsen-Buchenwald, Waldmeister-Buchenwald, Schlucht- und Hangmischwälder (prioritär) und Auwälder mit Erle, Esche und Weide (prioritär).

§ 4

Verbote

(1) In dem Naturschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die das Gebiet, seinen Naturhaushalt oder einzelne seiner Bestandteile zerstören, beschädigen, verändern

oder nachhaltig stören können oder die wissenschaftliche Forschung beeinträchtigen können. Insbesondere sind die in den Absätzen 2 bis 6 genannten Handlungen verboten.

(2) Zum *Schutz von Tieren und Pflanzen* ist es verboten,

1. wild lebende Pflanzen oder ihre Entwicklungsformen einzubringen, zu entnehmen oder sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören;
2. Tiere einzubringen, wild lebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen (Eier, Larven, Puppen u. a.) oder Nester oder sonstige Fortpflanzungs- oder Ruhestätten dieser Tiere der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;
3. Hunde frei laufen zu lassen.

(3) Verboten ist es, *bauliche Maßnahmen* durchzuführen und vergleichbare Eingriffe vorzunehmen, wie

1. bauliche Anlagen im Sinne der Landesbauordnung zu errichten oder der Errichtung gleichgestellte Maßnahmen durchzuführen;
2. Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern;
3. fließende oder stehende Gewässer anzulegen, zu beseitigen oder zu verändern sowie Entwässerungs- oder andere Maßnahmen vorzunehmen, die den Wasserhaushalt verändern;
4. Plakate, Bild- oder Schrifftafeln aufzustellen oder anzubringen mit Ausnahme behördlich zugelassener Beschilderungen.

(4) Bei der Nutzung der Grundstücke ist es verboten,

1. die Bodengestalt zu verändern, insbesondere durch Abrabungen und Aufschüttungen;
2. Art und Umfang der bisherigen Grundstücksnutzung entgegen dem Schutzzweck zu ändern;
3. neu aufzuforsten;
4. Dauergrünland oder Dauerbrache umzubrechen;
5. Pflanzenschutzmittel, Düngemittel oder Chemikalien zu verwenden.

(5) Insbesondere bei *Erholung, Freizeit und Sport* ist es verboten,

1. die (markieren) Wege und Loipen zu verlassen;
2. das Gebiet außerhalb befestigter Wege, im Wald außerhalb befestigter Wege von mindestens 2 m Breite mit Fahrrädern zu befahren oder zu reiten;
3. das Gebiet mit motorisierten Fahrzeugen aller Art, ausgenommen Krankenfahrstühle, zu befahren;
4. zu zelten, zu lagern, Wohnwagen oder Verkaufsstände aufzustellen oder Kraftfahrzeuge abzustellen;
5. Luftfahrzeuge alle Art zu betreiben, insbesondere das Starten und Landen von Luftsportgeräten (zum Beispiel Hängegleiter, Gleitsegel, Ultraleichtflugzeuge,

Sprungfallschirme) und Freiballonen sowie das Aufsteigenlassen von Flugmodellen.

(6) *Weiter* ist es verboten,

1. Abfälle oder sonstige Gegenstände zu hinterlassen oder zu lagern;
2. außerhalb amtlich gekennzeichnete Feuerstellen Feuer anzumachen oder zu unterhalten;
3. Lärm, Luftverunreinigungen oder Erschütterungen zu verursachen.

§ 5

Zulässige Handlungen

(1) Für die *landwirtschaftliche Bodennutzung* gelten die Verbote des § 4 nicht, wenn sie ordnungsgemäß und in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang unter Beachtung der Grundsätze der guten fachlichen Praxis erfolgt, dabei den Boden pflegt, Erosion und Humusabbau vermeidet, Gewässerrandstreifen und Ufer, oberirdische Gewässer und Grundwasser nicht in ihrer chemischen, physikalischen und biologischen Beschaffenheit beeinträchtigt und wild lebenden Tieren und Pflanzen ausreichend Lebensraum erhält. Voraussetzung ist weiter, dass

1. die Bodengestalt nicht verändert wird;
2. durch Entwässerungs- oder andere Maßnahmen der Wasserhaushalt nicht verändert wird;
3. Dauergrünland oder Dauerbrache nicht umgebrochen wird;
4. die Ausbringung von Stickstoffdüngern einschließlich Gülle und Jauche, außer auf den in der Karte braun und violett schraffierten Flächen, unterbleibt und nur eine maximale mineralische P-K Düngung von bis zu 35 kg P₂O₅ und 120 kg K₂O/ha in dreijährigem Turnus erfolgt;
5. auf den in der Karte braun schraffierten Flächen maximal eine jährliche Düngung mit Festmist, Jauche und Gülle erfolgt und sich hieraus keine Beeinträchtigung geschützter Biotope ergibt;
6. die Düngung auf den in der Karte violett schraffierten Flächen in folgendem Rahmen erfolgt: Festmist: Maximal 100 dt/ha bei Herbstausbringung und zweijährigem Turnus; Gülle/Jauche: Maximal 20 m³/ha in verdünntem Zustand (etwa 5% Trockensubstanz) in zweijährigem Turnus;
7. bei der Weidepflege insbesondere auf Weidbuchen Rücksicht genommen wird und »Kuhbüsche« (Initialstadien von Weidbuchen) in ausreichender Zahl erhalten werden;
8. landwirtschaftliche Produkte nicht auf Biotopflächen gelagert werden.

Die Verbote des § 4 gelten nicht für *Bauvorhaben im Rahmen von land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben*, die im Außenbereich baurechtlich zulässig sind und in landschaftsbezogener Bauweise errichtet werden. Sie

gelten ferner nicht für die vorübergehende Lagerung von Brennholz oder Bauholz für den Eigenbedarf – jeweils außerhalb von Biotopflächen.

(2) Für die *forstwirtschaftliche Bodennutzung* gelten die Verbote des § 4 nicht, wenn sie ordnungsgemäß und in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang erfolgt. Voraussetzung ist weiter, dass

1. die Verjüngung nur mit standortsgerechten, einheimischen Baumarten erfolgt;
2. der Bau von für die Bewirtschaftung des Waldes erforderlichen Fahrwegen im Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde erfolgt;
3. keine Entwässerungsmaßnahmen vorgenommen werden;
4. Tothölzer, Höhlenbäume und Horstbäume bis zu ihrem natürlichen Verfall erhalten werden, es sei denn, dass dies aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht nicht möglich oder eine Erhöhung des Risikos durch Insektenkalamitäten zu erwarten ist.

(3) Für die *Ausübung der Jagd* gelten die Verbote des § 4 nicht, wenn sie ordnungsgemäß und in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang erfolgt. Voraussetzung ist weiter, dass

1. Hochsitze und andere jagdliche Einrichtungen nicht auf § 32-Biotop-Flächen errichtet werden;
2. keine Tiere eingebracht werden;
3. das Schutzgebiet nur im Zusammenhang mit der Ausübung der Jagd und nur auf befestigten Fahrwegen mit Kraftfahrzeugen befahren wird.

(4) Für die *Ausübung der Fischerei* gelten die Verbote des § 4 nicht, wenn sie ordnungsgemäß und in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang erfolgt.

(5) Unberührt bleibt auch die sonstige bisher rechtmäßiger Weise ausgeübte Nutzung der Grundstücke und Gewässer sowie der rechtmäßiger Weise bestehenden Einrichtungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang sowie deren Unterhaltung und Instandsetzung.

§ 6

Schutz- und Pflegemaßnahmen

Schutz- und Pflegemaßnahmen werden unter besonderer Berücksichtigung der sich aus den Anforderungen der FFH-Richtlinie ergebenden Erhaltungs- und Entwicklungsziele durch die höhere Naturschutzbehörde in einem Pflege- und Entwicklungsplan (Managementplan) oder durch Einzelanordnung festgelegt, soweit sie nicht für Waldflächen im Forsteinrichtungswerk beziehungsweise entsprechenden Planungen integriert sind. §§ 4, 7 und 8 dieser Verordnung sind insoweit nicht anzuwenden.

§ 7

Befreiungen

Von den Vorschriften dieser Verordnung kann nach § 79 NatSchG durch die höhere Naturschutzbehörde Befreiung erteilt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass im Einzelfall auch eine Verträglichkeitsprüfung beziehungsweise Ausnahme nach § 38 NatSchG erforderlich ist.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 80 Abs. 1 Nr. 2 NatSchG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Naturschutzgebiet nach § 4 dieser Verordnung verbotene Handlungen vornimmt.

§ 9

Öffentliche Auslegung, Einsichtnahme

(1) Die Verordnung mit Karten wird beim Regierungspräsidium Freiburg und beim Landratsamt Lörrach auf die Dauer von zwei Wochen, beginnend am Tag nach Verkündung dieser Verordnung im Gesetzblatt, zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten öffentlich ausgelegt.

(2) Die Verordnung mit Karten ist nach Ablauf der Auslegungsfrist bei den in Absatz 1 bezeichneten Stellen zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten niedergelegt.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach Ablauf der Auslegungsfrist in Kraft.

Gleichzeitig treten für den Geltungsbereich dieser Verordnung die Verordnungen über die Landschaftsschutzgebiete »Wiedener Eck und Lückle« und »Wiedener Eck und Trubelsmattkopf« vom 1. September 1938 außer Kraft.

FREIBURG I. BR., den 20. September 2009

WÜRTENBERGER

Verkündungshinweis:

Nach § 76 des Naturschutzgesetzes (NatSchG) in der Fassung vom 13. Dezember 2005 (GBI. S. 745) ist eine Verletzung der in § 74 NatSchG genannten Verfahrens- und Formvorschriften nur beachtlich, wenn sie innerhalb eines Jahres nach Verkündung der Verordnung schriftlich beim Regierungspräsidium Freiburg geltend gemacht wird; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen.

**Verordnung des Wirtschaftsministeriums
über Zuständigkeiten nach
dem Landeswohnraumförderungsgesetz
(ZuständigkeitsVO-LWoFG)**

Vom 9. Oktober 2009

Es wird verordnet auf Grund von

§ 9 Abs. 5 Satz 1 des Landeswohnraumförderungsgesetzes (LWoFG) vom 11. Dezember 2007 (GBl. S. 581):

§ 1

Zuständige Stelle im Sinne des Landeswohnraumförderungsgesetzes ist die Gemeinde, soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist. Maßnahmen nach § 17 Abs. 2, § 18 Abs. 1, § 21 Abs. 1 und 2 und § 22 Abs. 1, 2 und 4 LWoFG sind im Einvernehmen mit der Bewilligungsstelle zu treffen. Die Gemeinde ist zuständig, soweit nach dem Landeswohnraumförderungsgesetz Vorschriften weiter anzuwenden sind und in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist. Die Zuständigkeit der Gemeinde bleibt durch § 2 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b und g sowie § 3 Satz 5 unberührt.

§ 2

Bei Fördermaßnahmen des Landes nach dem Landeswohnraumförderungsgesetz ist die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank – (L-Bank)

1. Bewilligungsstelle;

2. zuständige Stelle

- a) für die Erteilung einer Zustimmung nach § 10 Abs. 2 Nr. 7 LWoFG, soweit die Förderung unmittelbar bei ihr zu beantragen ist,
- b) im Sinne von § 10 Abs. 4 Satz 1 LWoFG,
- c) für die Vorgabe einheitlicher Vordrucke nach § 10 Abs. 4 Satz 2 LWoFG,
- d) für die Änderung und Aufhebung der Förderzusage nach § 13 LWoFG,
- e) für die Zustimmung zur Übernahme des Förderdarlehens durch den Erwerber der geförderten Wohnung nach § 18 Abs. 2 LWoFG,
- f) im Sinne von § 20 Abs. 4 LWoFG zur Sicherung der sonstigen Bestimmungen der Förderzusage,
- g) im Sinne von § 20 Abs. 5 Satz 1 LWoFG,
- h) im Sinne von § 20 Abs. 11 in Verbindung mit Abs. 4 LWoFG zur Sicherung der sonstigen Bestimmungen der Förderzusage,

- i) für die zweckentsprechende Verwendung eingezogener Geldleistungen nach § 17 Abs. 2, § 18 Abs. 1, § 21 Abs. 2, § 26 Abs. 3 und § 27 Abs. 2 Satz 2 LWoFG.

Sie ist zuständige Stelle,

- a) für die Änderung und Aufhebung von Förderzusagen, die vor dem Inkrafttreten des Landeswohnraumförderungsgesetzes erlassen wurden,
- b) für Aufgaben der Bewilligungsstelle und der darlehensverwaltenden Stelle nach § 33 LWoFG,
- c) für Aufgaben der Bewilligungsstelle und der darlehensverwaltenden Stelle, soweit nach dem Landeswohnraumförderungsgesetz Vorschriften weiter anzuwenden sind,
- d) soweit in Entscheidungen oder Vereinbarungen vor dem Inkrafttreten des Landeswohnraumförderungsgesetzes eine Zuständigkeit der L-Bank, gegebenenfalls im Benehmen mit anderen Stellen, bestimmt worden ist.

Die Zuständigkeit der L-Bank nach Satz 1 Nr. 2 Buchst. b bleibt durch § 3 Satz 5 unberührt.

§ 3

Zuständige Stelle im Sinne von § 20 Abs. 8 LWoFG sind als untere Verwaltungsbehörden die Landratsämter und in den Stadtkreisen die Gemeinden. Insoweit sind sie zuständig zur Prüfung der Förderanträge, soweit dies nicht der Bewilligungsstelle zugewiesen ist. Sie haben interessierte Bürger über die Wohnraumförderung des Landes zu beraten. Ihnen können durch Verfahrensvorschriften der obersten Landesbehörde weitere Befugnisse im Förderverfahren zugewiesen werden. Die unteren Verwaltungsbehörden nach Satz 1 sind zuständige Stelle im Sinne von § 10 Abs. 4 Satz 1 LWoFG.

§ 4

Zuständig für die Ausübung des Besetzungsrechts nach § 15 Abs. 7 Satz 2 LWoFG ist der Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

STUTTGART, den 9. Oktober 2009

PFISTER

HERAUSGEBER

Staatsministerium Baden-Württemberg,
Richard-Wagner-Straße 15, 70184 Stuttgart.

SCHRIFTFLEITUNG

Staatsministerium, Amtsrat Alfred Horn
Fernruf (07 11) 21 53-302.

VERTRIEB

Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH,
Postfach 10 43 63, 70038 Stuttgart.

DRUCKEREI

Offizin Chr. Scheufele in Stuttgart.

BEZUGSBEDINGUNGEN

Laufender Bezug durch den Vertrieb, jährlich 50 Euro. Mehrwertsteuer wird nicht erhoben. Der Bezug kann zwei Monate vor dem 31. Dezember eines jeden Jahres gekündigt werden.

VERKAUF VON EINZELAUSGABEN

Einzelausgaben werden durch die Versandstelle des Gesetzblattes, Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH, Postfach 10 43 63, 70038 Stuttgart (Breitscheidstraße 69, 70176 Stuttgart), Fernruf (07 11) 6 66 01-43, Telefax (07 11) 6 66 01-34, abgegeben. Der Preis dieser Ausgabe beträgt 8,80 Euro (einschließlich Porto und Versandkosten). Mehrwertsteuer wird nicht erhoben.

Der Landtag
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
archiv@landtag.nrw.de